

Bezugspreis: Vierteljährlich 10.- M. monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M. einrückungsgeldfrei. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Rumänien 20.- M. für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Preussische Provinzen und die Schweiz.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigebrief: Die abendlichen Anzeigebriefe kosten 50 Pf. „kleine Anzeigen“ das fertige Wort 1,50 Pf. (zählend zwei fertige Wörter) jedes weitere Wort 1.- Pf. Stellenanzeigen und Schlafstättenanzeigen das Wort 1.- Pf. jedes weitere Wort 50 Pf. Werz über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte Familienanzeigen für Abonnenten Preis 4.- Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Erwerbssteuer.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 24. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Internationales
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Truppenverstärkungen kommen.

Berlin, 23. August. (WZ.) Zur Verstärkung der interalliierten Truppen in Oberschlesien werden zwei britische Bataillone und eine französische Brigade vom Rheinland nach Oberschlesien beordert. Die Transporte beginnen am 25. August und laufen über die Strecke Bielefeld, Frankfurt-Süd, Hanau-Ost, Nüden, Blankenhain, Gerstungen, Weihenstephan, Taucha, Dobrlugl, Sagan, Arnsdorf, Cleguth, Mohrdern, Brokau, Ratibmarkt, Oppeln. Täglich werden 4 Züge gefahren. Die Bevölkerung der von den Transporten berührten Gebiete wird zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten darauf hingewiesen, daß es im allgemeinen Interesse liegt, diesen Transporten keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Quinones de Leon will nicht Bericht erstatten.

Paris, 23. August. (WZ.) Wie Havas aus Madrid meldet, hat Quinones de Leon das Angebot des Grafen Nihil, das Amt des Berichterstatters in der oberschlesischen Frage zu übernehmen, abgelehnt.

Paris, 23. August. (WZ.) Havas erhebt seine erste positive Fassung, daß Quinones de Leon das Berichterstatteramt im Völkerbundsrat abgelehnt habe, durch folgende Meldung: „Madrid. (Havas.) Nach gewissen hier eingegangenen Informationen soll Quinones de Leon das Angebot abgelehnt haben usw.“ Der „Temps“ bemerkt dazu, daß diese Nachricht noch nicht amtlich bestätigt sei. Ihre Richtigkeit erscheine aber nicht zweifelhaft.

Einer Pariser Meldung von Ost-Europa zufolge spricht der „Temps“ sein Bedauern über diese Ablehnung aus.

Wer wird Berichterstatter?

Der „Autransigeant“ will wissen, daß nun der belgische Minister Jaspas das Amt des Berichterstatters übernehmen werde. Das dürfte wohl kaum zutreffen, denn der Vertreter Belgiens im Völkerbundrat ist Hymans, der übrigens gegenwärtig nach mit der Berichterstatterstellung über den polnisch-litauischen Konflikt wegen Wilna betraut ist. Aber gleichviel, ob Hymans oder Jaspas, wir stehen nicht an, schon jetzt zu erklären, daß die Betrauung eines belgischen Politikers mit dem vielleicht ausschlaggebenden Berichterstatteramt in Deutschland als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden würde. Die Belgier sind nun einmal fast ausnahmslos erbitterte Deutschhasser. Daß sie mancherlei Grund dazu haben, wissen wir, aber deshalb meinen wir auch, daß man ummöglich von einem Belgier erwarten kann, daß er objektiv und leidenschaftlos eine Frage prüfe, die Deutschland betrifft: ein belgischer Staatsmann, der in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung empfehlen würde, die den deutschen Forderungen entspricht und den polnischen Wünschen widerspricht, wäre in seinem Lande bald ein erledigter Mann. Daher könnte Hymans oder Jaspas ebenso wenig das Berichterstatteramt objektiv erfüllen, wie Leon Bourgeois.

Wir hoffen daher, und nicht allein vom deutschen Standpunkt aus, daß der Völkerbundrat nicht diesen schweren Fehler begehen wird, durch den die Entscheidung des Völkerbundesrates in den Augen des deutschen Volkes im voraus das Brandmal der Parteilichkeit erhalten müßte.

Die „Mächtegruppierung“ im Völkerbunde.

Paris, 23. August. (WZ.) „Daily Telegraph“ schreibt heute in seinem Leitartikel, daß man für die Beratungen des Völkerbundes annehmen muß, daß England, Japan und Italien auf der einen Seite stehen werden, die Franzosen mit oder ohne Unterstützung Spaniens und Chinas auf der anderen. Doch müsse man daran festhalten, daß der Völkerbundrat nur ein Gutachten abgeben könne, daß er aber nicht das Amt habe, dieses Gutachten zur Ausführung zu bringen. Damit könne nur der Oberste Rat betraut werden. Es würden sich große Schwierigkeiten ergeben, wenn die Mitglieder des Völkerbundesrates zu ihren Beratungen mit vorgeschalteten Anweisungen ihrer Kabinette kämen. Graf Nihil habe in seiner Antwort den Wunsch ausgedrückt, daß dies nicht geschehen möge. Die Völkerbundesdelegierten sollten in Genuß nichts als Advokaten austreten, sondern als Richter, die einen Rechtsfall zu entscheiden haben. Das letztere und nicht das patriotische Gefühl müsse obwalten. Die Mitglieder des Völkerbundes sollten sich nicht etwa als die Vertreter Englands, Frankreichs oder Italiens betöhlen, sondern als Vertreter eines internationalen Geistes. Das Blatt könnte nicht einsehen, warum der Völkerbundrat nicht ein billiges und praktisches Kompromiß finden sollte, das dem unglückseligen Streit ein Ende setzen würde.

Danzig Anteil am deutschen Eisenbahnmateriale.

Danzig, 23. August. (WZ.) Danzigs Anteil am früheren deutschen Eisenbahnmateriale wurde von der interalliierten Spezialkommission auf 116 Lokomotiven, 172 Personen-, 35 Gepäc- und 1950 Güterwagen festgesetzt.

Unter der Religionsherrschaft.

Kowno, 23. August. (WZ.) Wie die Litauische Telegraphenagentur aus Wilna erfährt, verlangen die Polen von allen staatlichen Beamten, daß sie der derzeitigen polnischen Regierung den Eid leisten. Am Laufe der letzten Woche wurden litauische Zeitungen zu 90 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Erscheinen des Blattes „Wienstje Slowo“ wurde verboten. Zwei litauische Lehranstalten mit je 400 Schülern wurden geschlossen.

Ein amerikanischer Bericht aus Moskau.

Paris, 23. August. (Dena.) Der Spezialkorrespondent der „Chicago Tribune“ in Moskau, Floyd Gibbons, veröffentlicht seinen ersten Bericht in dem genannten Blatte, worin er mitteilt, daß in 100 Kirchen von Moskau Bittgebete zur Abwehr der Hungersnot gehalten werden. Direkte Nachrichten über die Lage in den Hungergebieten könne man in Moskau nicht erhalten. Eine Bitte des Korrespondenten, sich in die Wolgagebiete zu begeben, wurde einstweilen von der russischen Regierung abgelehnt, die erklärte, daß die Transportmittel zu schlecht seien. Der wahre Grund aber, warum die russische Regierung niemanden in diese Gebiete lassen wolle, bestehe darin, daß sie befürchte, die Schuld an der großen russischen Tragödie würde auf die bolschewistische Herrschaft geschoben. Wohlwollig falle es in Moskau auf, daß man keinen betrunkenen Menschen mehr begegne, was vor dem Kriege in großem Maße der Fall gewesen sei.

Das Rote Kreuz verlangt gleiche Bedingungen wie Hoover

Genf, 23. August. (Dena.) Der Präsident der gemischten Kommission des internationalen Komitees des Roten Kreuzes und der Liga der Rotkreuzvereine teilt mit: „Es versteht sich, daß die internationale Kommission für die Hilfsaktion in Rußland, die von der Konferenz der Rotkreuzvereine und verschiedener anderer Organisationen in Genf geschaffen wurde, auf keinen Fall in Rußland unter weniger günstigen Bedingungen handeln wird, als wie sie Hoover verlangte.“

Cholera und Menschewismus.

Aus London meldet das Georgische Nachrichtenbüro: Typhus und andere ansteckende Krankheiten, namentlich die Cholera, suchen Georgien heim. In Tiflis sterben zurzeit täglich 40 Personen an der Cholera. Die ärztliche Hilfe ist ungenügend, es herrscht Mangel an Arzneimitteln.

Diese erschütternde Tatsache ließ natürlich die Bolschewisten nicht in Untätigkeit verharren. Nein, das muß man ihnen lassen, sie nahmen ihre Sache ernst, versorgten sie doch flugs ganz Tiflis mit Plakaten folgenden Inhalts:

„Trinkt kein ungekochtes Wasser. Eßt nicht viel Früchte auf einmal, sondern eßt öfter und in kleineren Portionen. (Dabei findet man in Tiflis überhaupt keine Früchte, denn die haben die Rotgardisten schon lange verzehrt.) Die Cholera ist genau so zu bekämpfen wie der Menschewismus.“

Wie denken sich das nun die bolschewistischen Nachhaber? Sollen, eingedenk der Worte Lenins auf dem 10. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands: „Die Menschewisten sind in den Gefängnissen sorgfältig zu bewachen,“ auch die Choleraabzillen eingesperrt werden? Werden die außerordentlichen Kommissionen nun auch neben den Choleraabzillen die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit verbieten? Werden die Kriegsgerichte und die sogenannten Revolutionstribunale nun auch die Choleraabzillen in Konzentrationslager sperren oder sie ins Exil schicken? Werden die Rotgardisten die Choleraabzillen im Gefängnis niedermeßeln, so wie sie vor zwei Monaten die Sozialisten in dem Butyr-Befängnis in Moskau massakrierten? Oder werden sie die eingesperrten Bolschewisten verhungern lassen, wie es doch sonst in Sowjetrußland politischen Gefangenen gegenüber gebräuchlich ist?

Griechenlands Absichten.

Athen, 23. August. (WZ.) Auf eine Anfrage bezüglich der von „Daily Telegraph“ veröffentlichten Nachricht, daß die alliierten Regierungen bei der griechischen Regierung einen Schmitt unternehmen hätten, um die Absichten Griechenlands bezüglich der Friedensbedingungen zu erfahren, erklärte Gunaris, daß er diese Nachricht weder bestätige, noch dementieren wolle. Griechenland werde den Krieg weiterführen bis zur völligen Verwirklichung der erstrebten Ziele. Die Friedensforderungen Griechenlands seien gemäßigt, jedoch den neun Opfern, die dem Lande auferlegt worden seien, angemessen. Griechenland würde vor allen Dingen eine Grenzlinie verlangen, die ihm volle Verteidigung zu Lande sichern würde.

Horthys Erzählungen.

Budapest, 22. August. (WZ.) Wie das ungarische Korrespondenzbüro meldet, sind die Truppen des Generals von Soos heute in Fünfkirchen eingezogen. Die Truppen seien von der Bevölkerung mit unbeschreiblicher Begeisterung empfangen worden. In der Stadt herrsche vollkommene Ruhe und Ordnung.

Das englische Volkszählungsergebnis. Die amtlichen Zahlen über die letzte Volkszählung vom 10. Mai d. J. ergeben für England mit Wales und Schottland eine Bevölkerung von 42 767 530 Seelen, davon 20 430 823 männlichen Geschlechts.

Die Faschisten rüsten nicht ab.

O. L. Die Hoffnungen, die man auf den sog. „Pakt von Rom“, der die gewalttätige Fehde zwischen Sozialisten und Faschisten beenden sollte, gesetzt hatte, haben sich nicht erfüllt. Und zwar nicht nur aus den von verschiedenen Seiten vorausgesetzten Gründen: der Nichtbeteiligung der Kommunisten an dem Vertrag oder der Schwierigkeit, einer chaotischen Massenbewegung mit einem Schläge Halt zu gebieten, sondern vor allem aus offen ausgesprochener Opposition eines beträchtlichen Bruchteils der faschistischen Organisationen. Die Verbände der Emilia und der Romagna, gerade der am meisten heimgefügten Regionen, haben auf einem Kongreß erklärt, dem Friedensschluß nicht beizutreten zu wollen.

Diese Haltung hat eine größere politische Tragweite, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Der „Pakt von Rom“ bedeutete keineswegs für die Faschisten einen Rücktritt aus dem politischen Kampf. In ihm wurde nur von den unterzeichneten Organisationen — dem sozialistischen Parteivorstand, der Konföderation der Arbeit und dem Zentralkomitee der Fasci — die Verantwortung für Gewalttaten gegen Personen und Sachen abgelehnt, die gegenseitige Achtung der Symbole der beiden Parteien versprochen, die gegenseitige Anerkennung der wirtschaftlichen Organisationen und die Rückgabe der den Körperschaften und den einzelnen abgenommenen Gegenstände. Von einer Abschwächung des Gegenlatzes zwischen Sozialisten und Faschisten war also nicht die Rede: nur die Neuhierung dieses Gegenlatzes mit Handgranaten und Revolvern sollte wegfallen.

Was aber blieb den Faschisten, wenn diese Neuhierung wegfiel? Gar nichts. Der Faschismus als solcher hat keinen Gehalt und keinen Umriß. Er war und ist nichts als eine Verneinung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Nicht als Kritik oder moralische Ablehnung, sondern als gewalttätige Eindämmung und Vernichtung. Man nehme dem Faschismus seinen gewalttätigen Ausdruck, und man nimmt ihm Wesen und Sein.

Das haben die faschistischen Organisationen der Emilia und Romagna klar erkannt: Wenn wir keine Handgranaten mehr werfen dürfen, keine Arbeiterkammern mehr in Brand stecken, keine Konsumvereine mehr plündern, was tun wir dann? Und vor allem: was hält uns dann noch zusammen, wenn wir unseren Leuten keine Strafexpeditionen mehr bieten können, mit den aufregenden sonntäglichen Autofahrten, bei denen es so wagen galt, aber auch hüblisch zu gewinnen gab?

Mussolini, der einer der hauptsächlichsten Verfechter des Friedensschlusses von faschistischer Seite war, ist nach dem Botum der Organisationen der Romagna und Emilia von dem Zentralkomitee der Faschisten zurückgetreten. In dem von ihm geleiteten „Popolo d'Italia“ schreibt er, daß das Abkommen von Rom den Faschisten Gelegenheit bot, „außer ihrer Ueberlegenheit im Prügeln und Bombenwerfen ihre geistige und sittliche Ueberlegenheit zu zeigen“. Da aber ein Scheitern mehr gibt als er hat, so haben eben die Faschisten die Gelegenheit zu diesem Beweis verpaßt. Sie bestehen auf weiterem Prügeln und weiterem Bombenwerfen.

Sieht man von den humanitären Erwägungen ab, die jeden normalen Menschen das Ende der wüsten sinnlosen Gewalttat herbeiwünschen lassen, so ist zu bemerken, daß unsere Partei als solche vom Faschismus nur insofern geschädigt wird, als seine Rohheit auf die Unseren verrohend wirkt. Politisch erschüttert der Faschismus nicht die sozialistische Partei, sondern die Regierung und die Ordnungsparteien. Für die Regierung ist sein Fortwüthen ein Beweis der Ohnmacht, für die Ordnungsparteien untergräbt es in der Legalität ihre eigene Grundlage.

Trotzdem dürfte die verteilte Abrüstung der Faschisten auf die „innere Politik“ unserer Partei eine Wirkung haben, die wir für unheilvoll halten. Das Fortdauern der Gewalttat drängt unsere Partei nach links, stärkt ihre moralisch-politischen Elemente, überbrückt die Kluft, die uns von den Kommunisten trennt. Sene phantastischbegabten Menschen, die überall Moskauer Gold wüthen, brauchen den Moskauern gar keine Dummheit zuzutrauen, wenn sie ihnen andichten, die Faschisten zu befohlen.

Partei und Arbeiterbewegung orientieren sich heute instinktiv gegen jede gewalttätige Taktik. Das Land steht mitten in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Auf sie hätten die Arbeitermassen vielleicht mit einer Rutschpolitik reagiert, wenn sie die völlige Unfruchtbarkeit dieser Politik nicht schon zur Zeit der Krise vorübergehenden Hochkonjunktur erprobt hätten. Zwei der stärksten italienischen Zentralverbände, der der Metallarbeiter und der der Textilarbeiter, haben bereits gezeigt, daß die Arbeiter nicht mehr den Standpunkt einnehmen, durch Verschärfung der „bürgerlichen Krise“ die Revolution zu beschleunigen. Angesichts der ungünstigen Lage beider Industrien haben sie in eine Revision der Tarifverträge vor der Ablaufzeit gemilligt. Um die Stilllegung der Betriebe zu verhindern, hat der Zentralverband der Textilarbeiter eine Lohnreduktion von 20 Proz. ausgetanzen, hat somit seine Einwirkung zu dem unermeßlichen Abbau der Löhne gegeben.

Auch die Partei, die im Oktober in Mailand zu einem außerordentlichen Parteitag zusammentritt, hat während der letzten Ministerkrisis mit der auf den Kongressen von Bologna und Livorno festgesetzten absoluten Intransigenz gebrochen. Hat doch der aus dem Parteitag von Livorno hervorgegangene Parteivorstand damals ein Votum angenommen, das die Fraktion auffordert, auf die Lösung der Krise Einfluß zu gewinnen.

Rückblick auf die absolut negative Politik unserer Partei während der ersten Friedensjahre wozog sich also der Uebergang zu einer Taktik, die nicht auf ein Sabotieren der Wirtschaft des Landes hinausläuft, die aber von der Bourgeoisie politische und wirtschaftliche Zugeständnisse fordert als Gegenwert der Opfer, die auch die Arbeiterschaft bereit ist, zum Ueberwinden der heutigen Notlage zu bringen.

Auf diese geistige Verfassung der Massen muß nun die von den Faschisten beschlossene Fortdauer des Bürgerkrieges ungünstig wirken. Die beständigen Putzschüsse, das Aufheben des Hasses und der Gewalttat, die durch die Umstände gebotene Solidarität mit den Kommunisten, treiben das Proletariat zur Seelenverfassung der vergangenen Jahre zurück. Daher tut der Faschismus, ohne es zu wollen, dem radikalen Flügel unserer Partei Vorträge.

Auf dem Parteitag in Mailand werden wir genau so dastehen wie auf dem Parteitag von Livorno. Wieder werden die Moskauer Forderungen den Kongreß beherrschen: „Schließt die Reformisten aus und die dritte Internationale steht euch offen.“ Das haben die drei italienischen Delegierten aus Moskau heimgebracht. Seit Livorno hätte die Erfahrung uns manches lehren können. Die Kampagne des Geifers und Hasses, die die Kommunisten gegen die Partei geführt haben, konnte nützlich sein. Aber in Zeiten faschistischer Bürgerkrieges lernt man wenig. Da ist die Gewalt Trumpf, da bildet sich eine unnatürliche Solidarität der Verfolgten. Es sind Perioden halber Barbarei, in denen Selbstkritik und innere Entwicklung zurücktreten.

In diesem Sinne schädigt der Faschismus die Arbeiterbewegung Italiens: er verlangsamt den natürlichen Prozeß der geistigen Ueberwindung des Bolschewismus.

Der Richtungsstreit unter den Angestellten.

Die bevorstehende Wahl der Gehilfenbeiräte zum Berliner Kaufmannsgericht verdient das Interesse der gesamten Öffentlichkeit, denn es handelt sich dabei nicht nur um einen Konkurrenzkampf der Angestelltenverbände, sondern hier wird ein tiefergehender grundsätzlicher Richtungsstreit ausgetragen. Es wird darum gekämpft, ob die verschiedenen Gruppen der Angestellten, Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, technische Angestellte, selbst untereinander einig sein und gemeinsamen Zielen zustreben wollen, ob sie in der Arbeiterschaft ihre Klassen- und Kampfgenossen erblicken oder der Ideenwelt des Unternehmertums unterworfen sein wollen und schließlich, ob sie die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung grundsätzlich verteidigen oder die sozialistische Wirtschaftsordnung als eine höhere Form anerkennen wollen. Es stehen sich als Kämpfer gegenüber der die überlebte Vergangenheit repräsentierende Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (D.H.V.), der verbündet ist mit dem Deutschen Beamten-Verband (D.B.V.) und dem Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (B.W.). Sein Gegner ist der, die Gegenwart und Zukunft vertretende Zentralverband der Angestellten. Zwischen beiden, aber durchaus auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, steht der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.B.), der sich nach dem Kriege aus verschiedenen Organisationen gebildet hat, die bis dahin die Anwendung gewerkschaftlicher Machtmittel und die Tarifverträge immer abgelehnt hatten, weil sie immer noch an ein „Vertrauensverhältnis“ mit dem Unternehmertum glaubten. Nach dem Kriege haben sie, ohne sich in ihrem

Wesen geändert zu haben, sich den Namen „Gewerkschaftsbund“ zugelegt, weil sie der Meinung sind, daß sich damit unter den veränderten Verhältnissen bessere Geschäfte machen lassen.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband will nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine rechtliche und geistige Einigung der verschiedenen Angestelltenverbände verhindern; er fühlt sich lediglich als Vertreter der „Kaufmannsgehilfen“, ein Ausdruck, der in der Befehlsgebung und auch im geschäftlichen Umgang ganz ungewohnt ist, den der D.H.V. aber erjunden hat, um seine Sonderbestrebungen nach außen hin zu dokumentieren.

Der Zentralverband der Angestellten fordert ein in den Grundzügen einheitliches Arbeitsrecht und den Ausbau der Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten für alle Lohnarbeiter, wobei besondere Kammern für Angestellte zu bilden wären. Die technischen Angestellten, die hauptsächlich durch den freigewerkschaftlichen Bund der technischen Angestellten und Beamten vertreten werden, fordern gleichfalls diese Arbeitsgerichte und ein einheitliches soziales Arbeitsrecht. Bisher hat die Befehlsgebung arbeitsrechtlich die technischen und kaufmännischen Angestellten getrennt und die Techniker, soweit sie eine bestimmte Gehaltsgrenze nicht überstiegen, den Gewerbeurteilen der Arbeiter zugeteilt.

Zum ersten Male dürfen sich an der Berliner Kaufmannsgerichtswahl auch die Handlungsgehilfinnen, also Frauen und Mädchen, als Wähler beteiligen, wogegen bisher das Wahlrecht nur den männlichen Handlungsgehilfen zustand. Der D.H.V. hat das Wahlrecht der Frauen bisher prinzipiell bekämpft. Noch im Jahre 1917 unterzeichnete er Eingaben an den deutschen Reichstag und an den Preussischen Landtag, in denen er verlangte, daß den Frauen das Wahlrecht unter den Gemeinden und den parlamentarischen Körperschaften unter allen Umständen verweigert bleiben müsse. Da der D.H.V. sonst so gern betont, daß er politisch neutral sei, hätte man annehmen müssen, daß ihm die Frage des politischen Wahlrechts für Frauen gleichgültig sei. Die von ihm bisher ausgesprochene Ablehnung des politischen Frauenwahlrechts entspricht aber ganz seiner politischen Richtung. Mit diesem D.H.V. hat nun der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (B.W.) vor einiger Zeit ein Bündnis geschlossen und bei der bevorstehenden Berliner Kaufmannsgerichtswahl wird dieser B.W. versuchen, seine weiblichen Mitglieder dem D.H.V. als Wähler zuzuführen; denn die Handlungsgehilfinnen sind wohl aktiv wahlberechtigt, können aber nach den bisherigen Vorschriften als Kaufmannsgerichtsbeirätinnen nicht gewählt werden. Diese Verbindung des D.H.V. und des B.W. erklärt sich daraus, daß beide den gleichen politischen Tendenzen huldigen. Wenn der B.W. wirklich eine Organisation zur Beförderung der Wahrnehmung der Interessen der erwerbstätigen Frauen im Handelsgewerbe wäre, könnte er sich unmöglich zu einem solchen Bündnis mit dem D.H.V. hergeben. Von dem was der Zentralverband der Angestellten seit Jahrzehnten fordert und in der letzten Zeit, nachdem sich seine Mitgliederzahl immer mehr vergrößert, zum Teil praktisch durchgeführt hat, haben ihm der D.H.V. und der G.B. einige Neuerlichkeiten abgequodet. Tatsächlich denken jedoch die dem Zentralverband der Angestellten bei der bevorstehenden Wahl als Konkurrenten gegenüberstehenden Verbände gar nicht daran, sich innerlich und ihrem Wesen nach in derselben Richtung wie der D.H.V. zu entwickeln; im Gegenteil, sie versuchen, die Entwicklung, die die Angestelltenbewegung in den letzten Jahren genommen hat, nach rückwärts zu treten. Der D.H.V. erklärt sich dabei insofern, als er in einem Flugblatte erklärt hat: „Infolge des Revolutionskollers seien dem D.H.V. große Mitgliedermassen zugefloßen.“ Der unerkennbare Fortschritt der Angestelltenbewegung der letzten Jahre ist dem D.H.V. also nicht etwas Begräbniswertes, sondern etwas, was er als verächtlich ablehnen und bekämpfen muß.

Für die Berliner Handlungsgehilfen- und -gehilfinnen

geht es nunmehr um die Entscheidung, ob sie dem führenden Platz, den sie bisher in der Angestelltenbewegung eingenommen haben, auch in Zukunft behaupten wollen. Von Berlin aus ist der Gedanke der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung zuerst in das Reich hinausgegangen; in Berlin sind zuerst gewerkschaftliche Kämpfe geführt worden; Berlin hat den Angestellten draußen im Reich vielfach als Muster gedient. Diesen Platz, den die Berliner Angestellten sich unter der Führung des D.H.V. erobert haben, werden sie auch in Zukunft einnehmen.

Der D.H.V., der in einem Flugblatt sagt, es handele sich jetzt um einen Endkampf und die Vorherrschaft im Handlungsgehilfenberufe wird sich überzeugen müssen, daß sich das Rad der Zeit nicht wieder rückwärts drehen läßt, daß seine mittelständlerische, kapitalistische Ideenwelt endgültig dem Untergange geweiht ist und daß der Sieg dem D.H.V. zufällt, der die Angestellten aus der bisherigen Lohnknechtschaft befreit und sie einer Wirtschaftsordnung zuführen will, in der nicht das Kapital regiert, sondern in der der arbeitende Mensch über dem toten Kapital steht.

Alle männlichen und weiblichen, die proletarisch denken und fühlen, wählen am Sonntag die Liste

Zentralverband der Angestellten (Zsa).

Gefindelmannieren.

Ueber den Ton der nationalstifischen Presse viel Worte zu verlieren, lohnt im allgemeinen nicht. Mitunter treiben es die Herren aber so, daß man doch gezwungen wird — nicht dagegen zu kämpfen, denn wer Dreck ansieht, besudelt sich —, aber doch der Mitwelt zu zeigen, von welcher schmutziger Gesinnung dies Gefindel erfüllt ist, das auf seinem „stolzen Ahnenstammbaum“, seine „stetlose Offizierschule“ usw. pocht. In der „Kreuzzeitung“ (Nr. 392 vom 23. August) wird zur Resolution unseres Brandenburger Bezirkstages folgendes geschrieben:

Sollte die auf dem Brandenburger Bezirkstage durch eine Resolution ausgesprochene Drohung gegen das Kabinett Birch noch nichts nützen, so wird man nach der im Kriege und später bewährten Methode dem Feindbund zu Hilfe rufen. Hat man doch jetzt schon den Eindruck, als würden der „Tempo“ und andere französische Heftblätter in der „Vorwärts“-Redaktion oder von anderer maßgebender sozialistischer Seite inspiriert.

Am Schluß des gleichen Artikels heißt es:

Wir werden dem Volke klarzumachen verstehen, daß die Wahlparole nicht lautet, die Befreiung der Arbeiter. Es handelt sich um weit mehr: um den Befreiungskampf gegen die mit dem Feindbund verbündete Sozialdemokratie.

Sollte man sachlich hierauf erwidern, so brauchte man nur darauf hinzuweisen, wie in der Ultimatumskrise unsere Nationalisten den französischen Chauvinisten direkt in die Hände gearbeitet haben. Aber wie lehnen das ab. Wir beschränken uns auf den Hinweis, daß der schmutzige Bursche, der den Artikel verfaßt hat, G. F. zeichnet. Als Hauptschriftleiter zeichnet die „Kreuzzeitung“: Georg Försch, Major a. D. — Wir haben seit jeher gewußt, daß es unter den Offizieren der alten Armee auch Leute mit niedriger Charakterbildung gegeben hat.

Schreckliches Unglück. In helle Verzweiflung ist das Abendblatt des Herrn Wulle geraten. Der Hoffhäuserbund der Kriegervereine hat eine Beteiligung an dem „Frontkämpfertag“ abgelehnt, weil dieser von extrem-nationalistischen Vereinigungen veranstaltet wird. Herr Wulle kündigt nunmehr den Kampf gegen die Kriegervereine an — um das Unglück voll zu machen, hat der Reichswehrminister auch die Beteiligung der Reichswehr an der Veranstaltung verboten, weil die veranstaltenden Verbände in der Reichswehr nicht gestattet sind. Darüber tobt die ganze Reichspresse und verweist darauf, daß Hindenburg das Protektorat über die Veranstaltung übernommen habe. — Da wir nicht annehmen wollen, daß Hindenburg sich mit den Rechtsbolschewisten vom „Nationalverband deutscher Offiziere“ und „Verband nationalgestimmter Soldaten“ schleichlich solidarisch fühlt, so beweist die Tatsache seines Protektorats wieder einmal, mit welcher Revolütät er sich zum Vorposten dieser extremen Bestrebungen machen läßt.

Geblendete Fenster.

Von Alfons Regold.

Wie eine Reihe roter Kirschkasteln stehen auf der Straße Wagen an Wagen der Straßenbahn.

Berkehrstodung!

Ein übersehener mit Ziegeln beladener Fuhrwerk versperrt die Fahrbahn.

Das ist durch einen launigen Streich auseinandergerissene „Höhle“ des argeregen Kutschers, das allesbessernde Schreien und Rufen der Wagenführer, Schöfner und Wachleute reißt meine lesenden Augen von der Zeitung auf und läßt sie durch das Wagenfenster über die mit Menschen und Behältern aller Art erfüllte Kirschkastel- oder des Großstadtlebens gleiten.

Ein Bild hält sie fest: An der Front des mächtigen, himmelanstrebenden Häuserwalles wird eines der greisen Gebäude niedergelassen.

Die Epiphanen wehen schon ihre gefräßigen Stahlfähne an den gewaltigen Kessergewölben.

Nur hier und da ragt noch eine Mauerrippe des morschen Steinleibes pittoresk in die Höhe.

Und etwas Seltsames erschau ich: Hunderte Hoffenster der anderen Häuser eines Straßenquadrates, noch halb blind von dem schweren Schatten, den viele, viele Jahre lang das niedergebrogene Haus ihnen aufzwang, bis es zum Jahre kam und den Licht- und Luftentwöhnungen Hoffenstern im Nachbarreife freie Luft und Helle geben mußte. Nun kommen mir diese zahlreichen holzspannten Glasflächen vor wie die kummererschütteten Augen viele Jahre eingekerkert gewesener Menschen.

Bisher die dunkeln, veräucherten Wände vor sich, im Höchstfalle der Einblick in eine sorgdumpe Dienstbotenstube, Klampfenlichtdurchdrämmerte enge Werkstätte oder in das große Düstere eines Gangs oder eines Stiegenflüchtes. Und jetzt diese Fülle von Sonnengesichtern, dieses urplötzlich Schauen des farbenreichen Gewirzes der Großstadt.

Zuplust machte eine Reihe der stauenden Glasaugen erklirren — mir Klingt's wie ein zarter Jubelschrei.

Die rote Wagenkutsche setzt sich in Bewegung und ich werde diesem Bilde entschlüpfen.

Aber die Seele flieht weiter:

In wenigen Wochen wird sich an der Stelle des alten ein neues Gebäude aufstürmen. Wieder werden festgerquaderte Mauern, noch viel himmelnäher, als die niedergebrogene es waren, die Hoffenster umspannen und ihr gläsernes Schauen um Licht und Weite und Farbe bestehlen.

Oder — werden die Dienstbotenstuben und Werkstätten des neuen Hauses sowie Himmelshelle und Menschenfreude bergen, daß sie den Fenstern der Hintergebäude den Blick auf die Straße ersehen können, die frohe Schau in den Sonnentaumel der Dinge?

Strindberg im Residenztheater. Die Dramen wandern in Berlin von einer Bühne zur anderen — wie die Schauspieler. Die Rollen, die alles spielen, was ihnen Erfolg verspricht, haben sich jetzt Strindberg. Strindberg in stärkster Konzentration zugelegt. Sein „Totentanz“ soll jetzt den Tribut empfangen, der zuvor Sudermann und anderen Göttern gesendet wurde. Bedeutet das einen Aufstieg von der Brunnst zur erschütternden, qualvollsten Ehebeichte? Oder wittert man auch in diesem menschlichen Dokument Sensationelles, das die kleineren Eheluststoffe der zahlungsfähigen Bourgeoisie würzt? Oder sollten einfach zwei der besten Darsteller dieses Passionsweges, die beide vom Residenztheater geworden sind, geklopelt werden?

Bei Reinhardt halten Wegener und die Epsold das Märtyrerpaar gespielt bei Helma Hartau und die Triesch und schließlich in der „Tribüne“ Steinrück und die Durler. Das Residenztheater gab die neue Kombination: Wegener und die Triesch. Der brutale, fast ungeschlagene Vampir Wegeners, der in seinem Zusammenbruch fast rührend-kindliche Züge annimmt, ist die alte Kernfigur voll Größe und Kraft. Aber die düstere, unheimliche Stimmung des Turmgangnisses bleibt uns der Regisseur Wegener schuldig. Prachtvoll gibt Wegener die lange stumme Szene, da er mit der Vergangenheit aufräumt — aber ist das nicht ein wenig Kino? Frau Triesch ist in der königgräber Straße die klassische Darstellerin des Strindbergschen Weibtypus geworden. Wie sie mit zähenhafter Geschmeidigkeit das Mannlein umschleicht und im rechten Augenblick seiner Schwäche die Orgie hysterischer Raschheit entfacht, ist prachtvoll. Aber dann und wann merkt man doch die Routine. Der gute Kerl in dem infernalischen Dreieck war Biensfeldt, beinahe hilflos in seiner Menschlichkeit.

Strindberg fand ein ergreifendes Publikum. Falls es später wiederkehrt, wird es der künstlerischen und menschlichen Mängel dieser Höllebeichte bewußt werden und nicht mehr sein willenloses Opfer bleiben, aber gleichwohl Respekt vor dem großen Romanen wahren.

Darmkrampfeln im Sommer. Die ungewöhnlich starke Hitze dieses Sommers bedingt auch eine Häufung von Darmkrankheiten. Von der Milch wissen wir, daß sie in der Hitze leicht fauer wird und gerinnt. Das führt dann bei den damit ernährten Säuglingen zu dem sogenannten Brechdurchfall, der gar schnell die Kräfte des Kindes verzehrt und dadurch zur häufigsten Todesart des Säuglingsalters wird; nicht mit Unrecht führt diese Krankheit den Namen Kindercholera.

Über auch dem Erwachsenen ist das rasche Verderben der Speisen im Sommer insofern des unheimlichen Bakterienwachstums oft verhängnisvoll. Der gesunde Magen kann durch die in demselben vorhandene Salzsäure die mit der Speise einwirkenden Bakterien abtöten, also die Nahrung selbst gemüßermaßen desinfizieren. Wenn nun aber durch irgendeinen Mähdfehler die Salzsäurebildung gestört ist und zerfällt, also besonders bakterienreiche Speisen indifferenziert in den Darm gelangen, so werden dort die Bakterien weiterwachsen, die ursprüngliche Bakterienflora des Darmes wird überwuchert, und binnen kurzem ist das Bild des Brechdurchfalles in seiner ganzen Schwere zu sehen: heftige Leibschmerzen, große Mattigkeit, Erbrechen, Durchfälle mit Abgang von Säure, ja oft auch Blut. Am schwersten treten diese Erscheinungen auf, wenn zerfetzte Eiweißnahrung, Fleisch, Wurst, Käse genossen wurden. Man kann

dann von einer direkten Vergiftung sprechen, die nicht selten zum Tode führt. Der Kranke verliert gar oft im Anfang die Gefahr der Erkrankung und glaubt, mit einigen der opiumhaltigen sogenannten Cholera Tropfen sei alles wieder gut. Dadurch stellt er zwar den Darm ruhig, der Durchfall hört auf, aber die Giftbakterien wuchern im Darm nur desto ungehörter weiter und das von ihnen abgeforderte Gift geht ins Blut über. Nun hat der endlich doch gerufene Arzt viel größere Mühe, dem Kranken die Gesundheit zurückzubringen, und noch wochenlang wird der Kranke zugehen, bis er die frühere Körperfrische wiedergewonnen hat.

Der Republik-Vogel. Wenigen Vogelkennern nur dürfte es bekannt sein, meint Dr. C. Floride in den „Mitteilungen über die Vogelwelt“, daß es einen prächtigen Paradiesvogel gibt, der der französischen Republik zu Ehren benannt wurde, und merkwürdig ist es, daß der Benenner kein anderer war, als Prinz Charles Lucian Bonaparte, der Sohn von Napoleons I. begabtestem Bruder Lucian. Dieser Prinz war ein hervorragender ornithologischer Systematiker und seiner politischen Gesinnung nach sehr radikal und ausgeprägter Republikaner. Er begründete die Benennung des Diphylodes respublica 1850 etwa folgendermaßen: Da andere die schönsten Vogelarten mit Fürstennamen belegten, mir aber von allen Autoritäten die Fürsten am wenigsten behagten, so will ich den schönsten Paradiesvogel mit dem Namen der Republik schmücken, einer Republik, die ein Paradies sein könnte, wenn sie nicht durch das böse Streben solcher, die sich anmaßend Republikaner nennen, zur Hölle würde. Da es also eine Respublica paradisaica nicht geben kann, so soll wenigstens eine Paradiesca Respublica existieren!

Die Vereinigten Staaten von Mittelamerika. Die Verhandlungen zwischen den fünf mittelamerikanischen Republiken Guatemala, San Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa-Rica über den Zusammenschluß zu einem selbständigen Bundesstaat werden jetzt zum Ziele gelangen, da Nicaragua als letzter Staat sich bereit erklärt hat, dem Bunde beizutreten. Die Regierung der Vereinigten Staaten, die besondere (Land- und Flotten-) Interessen in Nicaragua haben, waren mit dem Anschluß Nicaraguas einverstanden. Die fünf Staaten werden also in Zukunft nur einen Präsidenten, einen Senat, eine Volksoberkeitung, ein Heer und eine Marine, sowie eine gemeinsame diplomatische Vertretung haben; die zwischen ihnen bestehenden Zollgrenzen werden verschwinden, und die Zahl der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes wird sich damit um vier vermindern.

Eine neue Nordpolerpedition hat kürzlich die Vereinigten Staaten verlassen. Ihr Ziel ist der magnetische Nordpol. Die Beobachtungen, die acht oder zehn Monate lang fortlaufend durchgeführt werden sollen, werden sich nicht nur auf Erdmagnetismus, sondern auch auf die elektrischen und meteorologischen Verhältnisse der Atmosphäre und das Polarlicht erstrecken.

Kein Waispiel des „Deutschen Theaters“ in Wien. Das von Wiener Zeitungen angeführte Waispiel des „Deutschen Theaters“ in Wien wird von der Zeitung des Theaters kategorisch dementiert. (Zeit einigen Jahren wird eine solche Debatte von Reinhardt-Ankündigungen losgerissen, daß sich niemand mehr darin austummt.)

Garthe Abend. Friedrich Roepf liest Sonnabend 7 1/2 Uhr, Jansenstraße 38, aus des Dichters Werken.

Was bedeutet den Frauen das Stadtparlament?

Ein Mahnwort an die Gemeindevählerinnen.

Am 16. Oktober sollen die Frauen Groß-Berlins wieder an die Wahlurne treten. Sie sollen die neue Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin und die Bezirksverordnetenversammlungen der 20 Verwaltungsbezirke wählen. Das bedeutet, daß sie die Politik, die in den nächsten vier Jahren in der Berliner Gemeindeverwaltung betrieben werden soll, selbst zu bestimmen haben. Die Wählerinnen tragen also eine außerordentlich große Verantwortung für das, was in den nächsten vier Jahren auf kommunalpolitischem Gebiet geschehen soll.

Die politisch geschulten Frauen, die die Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung, die am 20. Juni 1920 unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen gewählt worden war, verfolgt haben, werden nicht im Zweifel sein, welcher Partei sie ihre Stimme geben, sie werden sozialdemokratisch wählen. Sie wissen, daß noch kein Stadtparlament jemals vor so schwierige Aufgaben gestellt war wie das im vorigen Jahre gewählte, daß auch noch keinem so große Schwierigkeiten in seiner Tätigkeit bereitet wurden wie diesen von den rechts und ganz links stehenden Parteien. Jede profanische Arbeit wurde durch das Verhalten der Reaktionsparteien verhindert oder erschwert, denn die äußerste Rechte wie die äußerste Linke machen die SPD. für Dinge verantwortlich, die sie selbst verschuldeten. Sie glauben damit die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, wenn sie nicht die durch den verlorenen Weltkrieg verursachten Verhältnisse in Rechnung stellen, sondern ganz einfach uns die Schuld an den bestehenden Verhältnissen zuschieben. Das ist so bequem wie es falsch ist und nur darauf berechnet, ungeschulte Wähler, wozu ja von jenen Leuten immer noch die Frauen gerechnet werden, für die Wahl einzufangen.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die Stadtgemeinde Berlin, eins der größten kommunalen Gebilde der Welt, ist nach langen Kämpfen unter Mitwirkung der Sozialdemokratie zustande gekommen. Die für dieses Gemeinwesen getätigte Wahl im Juni 1920 hatte den reaktionären Parteien bestätigt, was die Wahl im Februar 1919 schon gezeigt hatte: die bürgerliche Macht im Berliner Rathaus war gebrochen, die sozialistischen Parteien bildeten die Mehrheit in der Gemeindevertretung wie auch gegen das einheitliche Groß-Berlin, das sie gar zu gern wieder zer Sprengen möchten. Diesem Haß entsprang auch der von der Deutschen Volkspartei unternommene Schlag gegen das Stadtparlament, dessen Ungültigkeitserklärung sie durchsetzte. Der Haß hindert auch seine Entladung in Bügen und Schmähen, die auf die Sozialdemokratie und ihre Arbeit losgelassen werden, um sie im Vertrauen der Wählerschaft herabzusetzen. Sie werden in noch nie dagewesener Weise die Frauen umschwärmen, sich volksfreundlich aufspielen und so versuchen, sich in die Gunst der Frauen einzuschmeicheln.

Wer die Arbeit im Rathaus mitgemacht hat, kennt die Taktik der Leute, wer sie von draußen beobachtet hat, weiß ihre Bügen richtig einzuschätzen. Heißt steht, daß unsere Fraktion mit dem festen Willen, alles zu tun, was unter den gegebenen Verhältnissen für die arbeitende Bevölkerung getan werden konnte, aber auch getragen von dem hohen Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit, an die Arbeit ging. Daß nicht alle Aufgaben erfüllt werden konnten und daß wir auch solchen Anträgen unsere Zustimmung geben mußten, die die minderbemittelte Bevölkerung belasten mußten, haben wir schmerzlich genug empfunden. Doch jene Parteien, die jetzt gegen die sozialdemokratische Mehrheit, die in Wirklichkeit keine mehr ist, ankämpfen, hätten auch nicht anders handeln können, denn wir befinden uns in völlig unnormalen Verhältnissen. Jede Hausfrau weiß, daß man Ausgaben nur dann machen kann, wenn man die Mittel hat. Deshalb hat auch unsere Fraktion nie mehr versprochen, als sie zu erfüllen für möglich hielt. Der 16. Oktober wird nun darüber entscheiden, ob im Berliner Rathaus eine Mehrheit einziehen soll, die den Forderungen der minderbemittelten Bevölkerung, soweit es möglich ist, Rechnung trägt, oder ob Parteien ausschlaggebend sein

werden, die dem Volke keine mühsam erworbenen Rechte nehmen und die Anfänge zu einer Besserung wieder verschütten werden.

Berlin braucht nicht nur eine sozialistische Mehrheit, sondern auch die Erhaltung des einheitlichen Groß-Berlin. Das müssen sich die Frauen klar vor Augen halten: zur Erfüllung der sozialpolitischen Forderungen brauchen wir auch Vertreter im Stadtparlament, die diese Forderungen ihrer Erfüllung näher bringen wollen. Darum muß auch das Interesse der Frauen an den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen ein äußerst lebendiges sein. Nicht Gleichgültigkeit oder Verdrüßung über dies und jenes, was unerfüllt blieb, darf die Aufklärungsarbeit hindern, sondern der Glaube an unsere Zukunft, das Vertrauen zu uns selbst, zu unserer Sache muß uns befähigen, diejenigen für diese für die weitere Entwicklung Groß-Berlins so wichtige Wahl zu interessieren, die uns noch fern stehen. Den Wählerinnen muß klar gemacht werden, daß sie viel unmittelbarer als in Staat und Reich von der Politik der Gemeinde berührt werden. Deshalb ist es wichtig, daß Frauen und Männer den Haushalt der Gemeinde gemeinsam leiten, wie auch der Familienhaushalt durch die Gemeinschaft von Mann und Frau geführt wird. Auch im Haushalt der Gemeinde wie im Familienhaushalt fällt der Frau die Aufgabe zu, für Behaglichkeit zu sorgen, sich um das Wohl und die Erziehung der Kinder, um die Pflege und Unterbringung der Kranken und Schwachen, um die Fürsorge der Unmündigen und Entzogenen zu kümmern. Die Wohnungs- und Erziehungsfragen und ihre Lösung erfordern nicht nur das Interesse der Frauen, nein, auch ihre warmherzige, tatkräftige Mitarbeit im Rathaus und in den Verwaltungsbezirken. Das große Gebiet der Wohlfahrts- und Jugendpflege erfordert noch gründlichen Ausbau. Vorhandene Anfänge dazu sind vorhanden, sie zu vollenden war der 1920 gewählten Vertreterschaft der Berliner Bürgerschaft nicht möglich. Von der Zusammensetzung des neuen Parlaments wird es abhängen, ob auf dem betretenen Wege vorwärts geschritten wird oder ob man bei Lösung der sozialen Aufgaben auf halbem Wege stehen bleibt. Die bürgerlichen Reaktionsparteien sind Feinde jedes sozialen Fortschritts. Sie haben dem um seine Freiheit schwer ringenden Volke Schwierigkeiten übergenug bereitet, um es nicht hochkommen zu lassen, sie werden auch jetzt den Anlauf nehmen, um in Groß-Berlin wieder zur Herrschaft zu gelangen. Das muß durch die Frauen verhindert werden. Berlin mit seiner starken Arbeiterbevölkerung braucht zur Erfüllung der Aufgaben der Kommune eine sozialistische Mehrheit im Rathaus, es braucht die Mitwirkung weiterer Bevölkerungsteile an der Verwaltung, aber keine Bevormundung durch jene Volkskreise, die immer noch meinen, das Volk müsse von ihnen beherrscht werden. Das Volk steht aber nicht hinter jenen bürgerlichen Parteien, die in 5 Fraktionen 100 Mandate haben, auch nicht hinter jener Gruppe kommunistischer Weltrevolutionäre mit 23 Mandaten, die Masse des werktätigen Volkes steht hinter der Sozialdemokratie, welche keine Demonstrationenpolitik betreibt, sondern in organischem Aufbau den Interessen der gesamten wertvollen Bevölkerung dient.

Der Wille der Mehrheit des Volkes nach einer sozialistischen Mehrheit im Rathaus und in den Verwaltungsbezirken muß am 16. Oktober klar zum Ausdruck kommen. Deshalb gilt es, die Zeit bis zur Wahl zu nützen, um die politisch ungeschulten Frauen zu bewußten Wählerinnen zu machen, die Verdrüßten und Gleichgültigen aufzurütteln, sie zu überzeugen, daß Abseitsstehen unsere Sache nicht fördert. Jede Frau, die eine freiheitliche kommunale Vorwärtsentwicklung in Groß-Berlin will, muß am 16. Oktober sozialdemokratisch wählen!

Martha Hoppe.

Die neue Polizeistunde.

Berlin 1 Uhr.

Der preussische Minister des Innern Dominikus hat, wie den BPP. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nunmehr an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten zu Berlin den folgenden Erlaß vom 19. August gerichtet:

Der Reichsminister des Innern hat den § 3 der Bekanntmachung, betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 11. Dezember 1916 — R.B. S. 1335 — mit Ablauf des 31. August d. J. außer Kraft gesetzt.

Ich ersuche nunmehr, nachdem damit die Wirtschaftskaufstunde in Fortfall gekommen ist, die in der Folge allein maßgebende Polizeistunde entsprechend dem eingangs erwähnten Erlaß neu festzusetzen und hierbei nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Vergnügungsparks, sogenannte Kummelplätze, sind mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen. Es bleibt den Ortspolizeibehörden jedoch überlassen, eine Verlängerung bis 10 1/2 Uhr eintreten zu lassen.
2. Für Theatervorstellungen und alle Darbietungen, welche bei gewerbmäßiger Veranstaltung eines Erlaubnis aus § 33a der Reichsgewerbeordnung bedürfen, sowie für alle Schauspielvorführungen ist die Polizeistunde spätestens auf 12 1/2 Uhr festzusetzen.
3. Kaffees, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sind spätestens um 12 Uhr, Sonnabends um 1 Uhr zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in größeren Städten und Badeorten sind berechtigt, bei nachgewiesenem dringlichem Bedürfnis die Polizeistunde auch für die übrigen Tage bis 1 Uhr auszudehnen.

In diesem Rahmen sind gleichartige Betriebe grundsätzlich einheitlich zu behandeln. Erweist sich jedoch der Unternehmer oder der Wirt eines der in den §§ 2 und 3 bezeichneten Betriebe in der Ausübung seines Gewerbes als unzuverlässig oder ergeben sich aus seiner Geschäftsführung Unzuträglichkeiten für die öffentliche Ruhe und Sicherheit sowie Ordnung, so kann die Polizeistunde für seinen Betrieb durch Verfügung der Ortspolizeibehörde bis auf 10 Uhr abends herabgesetzt werden.

In besonders gearteten Einzelfällen, die einer besonderen Regelung dringend bedürfen, z. B. für Wohltätigkeitsveranstaltungen, können Ausnahmen, in keinem Falle aber über 2 Uhr hinaus, gestattet werden. Als Wohltätigkeitsveranstaltungen in diesem Sinne sind nur diejenigen anzusehen, zu denen gemäß der Bekanntmachung über Wohltätigkeitspflege während des Krieges vom 15. Februar 1917 („Reichsgesetzblatt“ S. 143) die Erlaubnis eingeholt ist.

Der durch diesen Erlaß gestoppte Rahmen darf unter keinen Umständen überschritten werden. Ueberhaupt ist dafür Sorge zu tragen, daß die neuen Bestimmungen nur dem berechtigten Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechen, nicht jedoch der Vergnügungs- und Verschwendungssucht gewisser Kreise Vorschub leisten. Es bedarf kaum einer Betonung, daß der Ernst der Zeit zur äußersten Zurückhaltung auf dem hier zur Erörterung stehenden Gebiet zwingt.

Ich ersuche, die Durchführung der Neuordnung so zu beschleunigen, daß sie mit dem 1. September 1921 in Kraft tritt.

Der preussische Minister des Innern hat sich außerdem in einem Rundschreiben an die Länder gewandt mit der Bitte, im Sinne der im Reichsrat stattgefundenen Aussprache auf eine möglichst einheitliche Ausgestaltung der Polizeistunde durch sämtliche Länder hinzuwirken zu wollen. — Im übrigen werden also nunmehr die Ortspolizeibehörden und der Polizeipräsident von Berlin nicht mehr wie bisher in Einzelfällen, gegen die Kritik gewandt hat, weitgehende Erlaubnisse zum Abweichen von der Polizeistunde erteilen können, sondern sind im Rahmen der neuangegebenen Richtlinien gehalten. Die einzeln möglichen Ausnahmen, die für Wohltätigkeitsveranstaltungen, sind dadurch auf den richtigen Umfang reduziert, daß von Fall zu Fall, wie oben erwähnt, die Verständigung mit den für die Bewilligung der Wohltätigkeitsveranstaltungen zuständigen Instanzen herbeizuführen kein muß, ehe die Erlaubnis zur Verlängerung der Polizeistunde erteilt werden kann.

Staat und Weitzkonzerne. Zu der Meldung, daß eine allgemeine Säkularisierung der Weitzkonzerne bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß in Preußen keine gesetzliche Handhabe vorhanden sei, um allgemein gegen die Weitzkonzerne vorzugehen, sie auflösen und verbieten zu können.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wegner.

„Ich könnte Ihnen helfen, ich allein. Aber ich tue es nicht. Doch ich es nicht tue, ist meine Rache.“

„Lieber stürbe ich, als daß ich Ihre Hilfe annähme!“ sagte Reiser.

„Falsch! Sie gäben sogar die Frau an mich zurück, die Sie mir gestohlen haben, wenn ich mich entschliesse, Ihnen zu helfen!“

Reiser gab es einen Ruck. Hatte er recht gehört? Eine eiserne Hand griff nach seinem Herzen und presste es zusammen. Selbst, daß er in diesen Stunden noch gar nicht an seine Frau gedacht hatte, die er, wie er mit einem Male mit herber Süße fühlte, unermesslich liebte. Und dieser Mensch —

„Wie?“ würgte er.

„Ja,“ sagte Behrens, „Sie träten mir sogar gern Ihre Frau ab, wenn ich es verlangte.“

Reiser sprang auf und machte eine hilflose Bewegung mit den Armen. „Sie Schuft!“ schrie er, von der Ahnung eines Furchtbaren gepackt, erstarrt aus.

Behrens aber fragte ihn kalt: „Wer ist ein größerer Schurke? Der, der einem Wehrlosen eine Frau nimmt, oder der, der das einem antut, der sich wehren kann?“

„Sie ist mir freiwillig gefolgt,“ sagte Reiser schattenhaft.

„Sie wird auch mir freiwillig folgen.“

„Ne, nie...“

„Noch mehr: Sie selbst werden sie auffordern, mir zu folgen!“

„Gehen Sie,“ ächzte Reiser, „gehen Sie...“

Jedoch der andere war ohne Mitleid. Spöttisch malte er die Situation aus, in der sich Reiser befand.

Reiser schauderte. Dieser Mensch kannte alle Einzelheiten, nur der letzte Wurf, den Reiser zu machen gedachte, war ihm unbekannt.

„Sie sind arm,“ sagte Behrens trocken, „bettelarm. Von wem, was Sie umgibt, wird in einigen Tagen nichts mehr Ihnen gehören. Was wollen Sie tun? Kommis werden? Ihre Gefängnisstrafe wird Ihnen sehr hinderlich sein. Wollen Sie Lebensversicherungen abschließen oder Vertreter von Wein- und Zigarrenhändlern werden? Sie sind schon recht alt, alt und verbrauch. Viel Geld erwartet Sie. Und nicht nur Sie. Auch Ihr Kind, auch Ihre Frau. Haben Sie nicht auch deren Vermögen gestohlen, wie das so vieler anderer?“

Welche Namen soll ich Ihnen nennen? Es gibt so viele. Alle verwünschen Sie. Alle sind bereit, sich an Ihnen zu rächen. Erinnern Sie sich noch eines Mannes namens Gutzeit? Er hat sich erkängt. Und seine Frau ist schwindsüchtig geworden, während seine Kinder irgendwo dem Laster zureiben. Sehen Sie nachts nicht die Gesichter dieser Leute? Und können Sie noch schlafen? Werden Sie überhaupt je wieder ruhig schlafen können?“

Reiser hörte die Anklage und schwieg.

„Ja, es war die Wahrheit. Und doch war es wieder nicht die Wahrheit. Alles war verkehrt, verdreht. War er der Angreifer gewesen? Nein, nein! Ihn hatte man angegriffen, ins Gefängnis geworfen, weil er irtümlich gewesen war, und ihn hatte man, als er aus dem Gefängnis kam, verachtet. Nur daß er diese Verachtung nicht erst abgewartet, sondern sich sogleich im Vorhinein gegen sie zur Wehr gesetzt hatte. Durfte er sich etwa nicht wehren? Es war sein Recht, sich zu wehren! Und er tat es, tat es, bis zur letzten Minute!“

„Schweigen Sie,“ brüllte er, „alles ist falsch!“

„Beweisen Sie das,“ sagte Behrens ruhig.

„Ich werde es beweisen, — Ihnen, allen! Sie glauben, daß ich tot bin! Ich werde lebendig werden, lebendiger als je! Schon morgen!... Ich verachte Sie!“

„Ich verlache Sie!“ höhnte Behrens. „Morgen werden Sie am Boden liegen und winseln. Ich habe Zeit.“

„Behen Sie!“ schrie Reiser ihn an.

„Ja, ich gehe. Und Sie werden mich betteln, zurückzukommen... Denn ich habe Sie in der Hand.“

Reiser sprang in die Höhe, um sich auf ihn zu stürzen. Doch seine Hände griffen ins Leere, Behrens war fort. Die Tür knackte leise hinter ihm ins Schloß.

Reiser wartete eine Weile, lauschte und verriegelte sodann sein Zimmer.

Er ging zum Schreibtisch und machte Licht. Die plötzliche Helle tat ihm weh, und er griff sich an die Augen. Tue ich es? fragte er sich mechanisch.

Es bedurfte keines weiteren Kampfes, es gab für ihn nur die Möglichkeit, es zu tun. Er hatte längst gewählt. Jetzt galt es nur noch, die Sache gut zu machen.

Er stöberte in alten Dokumenten herum, bis er eines mit der Unterschrift der Frau von Marisch fand. Er betrachtete es genau. Es war nicht schwer, die Sache war zu machen. Und es blieb ihm wirklich keine Wahl.

Er verbrachte zwei volle Stunden damit. Er versuchte so lange, bis er sicher zu sein glaubte. Dann legte er an. Es ging. Es war geschehen.

Er hielt die Unterschrift eine Armlänge von sich ab und

prüfte sie. Sie war gut. Ein Verdacht konnte nicht aufkommen. Und wenn, — — für ihn gab es jetzt kein Zurück mehr!

Ob ich zu Lucie hinübergehe, dachte er, oder zu Lu?

Nein, er konnte es nicht.

Er war so entsetzlich müde. Wie gedrohen war er. Und er schleppte sich bis zur Chaiselongue hin.

Er streckte sich aus und schloß die Augen.

Er schlief.

Fünfter Teil.

Die Stunde kommt.

24.

Reiser schloß die Unterredung, die er mit dem Chef-Ingenieur gehabt hatte, indem er aufstand und sagte: „Die Sache ist also hoffnungslos?“

„Ganz,“ antwortete der Ingenieur trocken und nidte. „Ich begreife nicht, daß Sie sich nicht schon früher ein sachgemäßes Urteil über das Terrain verschafft haben.“

„Das ist geschehen,“ sagte Reiser apathisch, „es lagen Gutachten vor.“

„Welche?“

„Ausländische. Die Gesellschaft war von Ausländern gegründet.“

Der Ingenieur piffte durch die Zähne. „Aber, aber,“ sagte er. Und er sah Reiser scharf an: „Sie haben doch alles sehr, sehr billig erworben?“

Reiser lächelte bitter. „Oh ja, aber trotzdem...“

„Gott,“ meinte der Ingenieur, „wenn alles sehr, sehr billig war, dann... Ich meine: ganz verloren ist Ihr Geld dann noch nicht... Als Baugrund kommen die Terrains natürlich nicht in Frage, das ist ausgeschlossen, völlig... Das heißt: es müßten in diesem Falle Unsummen in sie hineingesteckt werden, Millionen, und dazu liegt, solange andere billigere Gründe vorhanden sind, natürlich keine Veranlassung vor, — ja, es wäre geradezu ein Wahnsinn, eine Verirrtheit...“

„Über...“

„Was?“

„— aber einen bescheidenen Nutzen wird das Terrain immerhin ab, wenn man es versucht, es, das jahrelang drach gelegen ist, zu bepflanzen... Nach Jahren würde es schon etwas bringen.“

„Nach Jahren... etwas...“ murmelte Reiser. „Aber als Baugrund — ein glatter Betrug!“

„Ich werde sehen,“ sagte Reiser, indem er mit hoch abgewendetem Gesicht dem Ingenieur die Hand reichte, „jedemfalls danke ich Ihnen...“ (Fortf. folgt.)

Die armen Großagrarien.

Eine Verhandlung vor dem Wuchergericht.

Gegen den Rittergutsbesitzer Kiepert-Mariensfelde und dessen Administrator Falkenberg richtete sich eine Anklage wegen Preisüberhebung, die das Wuchergericht am Landgericht II mehrere Stunden beschäftigte.

Kiepert besitzt das etwa 1800 Morgen große Rittergut Mariensfelde bei Berlin, von dem etwa 1450 Morgen unterm Pflug stehen. Die Verwaltung liegt fast ausschließlich in den Händen des Angeklagten Falkenberg, der seit 19 Jahren dort wirkt und dem die Verwaltung völlig selbständig übertragen worden war. Die Anklage beschuldigte die Angeklagten, bei der Abgabe von Gerste Roggen und Hafer in kleineren Posten an Viehhalter und in größeren Posten an die Gemeinde die vorgeschriebenen Preise zum Teil in bedeutender Höhe überschritten zu haben. Ein solcher der Gemeinde gelieferter Posten war zur Kenntnis der Reichsgetreidestelle gekommen, die die Angeklagten aufforderte, das zuviel gezahlte Geld zurückzuerstatten. Das wurde rundweg abgelehnt und dadurch kam der Stein ins Rollen. Die Angelegenheit ging an die Staatsanwaltschaft. Diese ließ die Bücher des Ritterguts beschlagnahmen und durch den gerichtlichen Bücherrevisor Michaelis und einen landwirtschaftlichen Sachverständigen eine ganze Anzahl von Fällen feststellen, in denen aus den Buchungen sich Ueberschüsse ergaben. Beide Angeklagten bestritten im Termin, sich strafbar gemacht zu haben, insbesondere lehnte Kiepert eine persönliche Verantwortung für die Verläufe und deren Preisstellung ab, da sein lange Jahre bewährter Administrator darin ganz selbständig gehandelt habe. Im übrigen behauptete der Angeklagte Falkenberg, daß in Anbetracht der damaligen Sachlage und auch unter vernünftiger Auslegung der bestehenden Bestimmungen die Preise von ihm so gestellt werden durften, wie es geschehen sei. Er berief sich auf Zeugen darüber, daß diesen von anderen Gütern weit höhere Preise abverlangt worden und sie „heißfroh“ gemeinen seien, in der damaligen Zeit der Futterknappheit überhaupt Futter oder Saatgetreide geliefert zu erhalten. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig gegen beide Angeklagte und die Verurteilung des Angeklagten Kiepert zu 15 000 M., des Angeklagten Falkenberg zu 5000 M. Geldstrafe, außerdem Einziehung der erzielten Ueberschüsse in Höhe von 40 000 M. Der Verteidiger beantragte dagegen aus persönlichen, tatsächlichen und juristischen Gründen die Freisprechung der beiden Angeklagten. — Da es sich um recht komplizierte Rechts- und Tatsachen handelt, setzte das Gericht Termin zur Urteilsverkündung auf Mittwoch mittag an.

Der Meisterdetektiv.

Zu der Rolle eines freiwilligen Detektivs soll der Lagerverwalter Otto Janké eine Reihe von Straftaten begangen haben, die ihn jetzt unter der Anklage der Amtsannahme, der versuchten Erpressung und des Betrugs vor die 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts II führt.

Der bisher völlig unbescholtene Angeklagte hatte in Erfahrung gebracht, daß auf dem Güterbahnhof umfangreiche Diebstähle verübt würden. Seine Vorliebe für Detektivfilme hatte in ihm das Verlangen wachgerufen, es selbst zu einem Meisterdetektiv zu bringen. Er stellte auf eigene Faust Beobachtungen an und es gelang ihm auch schließlich, die Diebe, eine Kolonne von 17 Mann, auf frischer Tat abzufassen. Er erstattete jedoch keine Anzeige bei der Polizei, sondern richtete in der Rolle eines Beschützers der Allgemeinheit an die Diebe ein schriftliches Ultimatum, binnen drei Tagen die Arbeit auf dem Bahnhof niederzulegen, widrigenfalls sofort Anzeige erstattet würde. Als einer der Diebe hierauf nicht reagierte, erstattete J. Anzeige und die Diebe wurden verhaftet und später zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Während dieses Verfahrens schwebte, erschienen eines Morgens bei einem der Diebe, einem Eisenbahnarbeiter Mertens, zwei Männer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben und unter Drohungen 5500 M. Bargeld, mehrere Kisten Zigarren und mehrere Flaschen Cognac „beschlagnahmten“. Die Ehefrau des M. will nun in dem Angeklagten einen der beiden fälschlich Kriminalbeamten wiedererkennen. Das Schöffengericht verurteilte J. auf diese Aussage hin zu 6 Monaten Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf ein Jahr. Vor der Strafkammer befandete der gerichtliche Schreibeassistent Rechnungsrat Drogolin, daß der Brief zweifellos von der Hand des Angeklagten herrühre. Von Rechtsanwalts Dr. Harry Pincus wurde darauf hingewiesen, daß die Aussage der Frau Mertens offenbar unter dem Einfluß einer durch Schreck bedingten autogenen Erinnerungstäuschung entstanden sei. Das Gericht kam auch bezüglich dieses Falles zu einer Freisprechung und verurteilte den Angeklagten nur wegen des „im Interesse der Allgemeinheit“ begangenen Erpressungsversuchs zu 1 Monat Gefängnis bei bedingter Begnadigung.

„Hintenum“ gib's nichts beim Wohnungsamt.

Eine Verwarnung der Angestellten des Wohnungsamts Lichtenberg.

Von den Angestellten des Bezirks-Wohnungsamts 17 (Lichtenberg) erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, in denen Wohnungsuchende dem Lichtenberger Wohnungsamt zur Anzeige bringen, daß wenn jemand eine Wohnung haben will, er sich nur an Angestellte des Wohnungsamts „außeramtlich“ zu wenden braucht, um außer der Reihe berücksichtigt zu werden. Daß diese Angaben nicht den Tatsachen entsprechen, braucht wohl nicht erst betont zu werden.

Wahr ist lediglich der eine Punkt, daß es tatsächlich ein Angestellter gegen Bestechung versucht hat, einem Wohnungsuchenden außer der Dringlichkeitsreihe „hintenum“ zu einer Wohnung zu verhelfen. Dieses ist ihm nicht gelungen. Im Gegenteil, der Betreffende mußte aus diesem Grunde entlassen werden. Er teilte damit das gleiche Schicksal mit einem anderen Angestellten, der ähnlich liegende Vergehen ausführen wollte.

Die Angestellten des Lichtenberger Wohnungsamts sind leider genötigt, diese traurigen Vorkommnisse bekanntzugeben, um ein für alle Mal Verdächtigungen und Versuchungen zur Bestechung die Spitze abzubrechen.

Sie erklären gleichzeitig, daß, wenn der eine oder andere entlassene Angestellte nochmals versuchen sollte, auf Grund seiner früheren Tätigkeit den Wohnungsuchenden Versprechungen und Vorspiegelungen zu machen, sie dann genötigt sind, seinen Namen mit Wohnungsangabe der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Bei dieser Gelegenheit weisen die Angestellten immer wieder darauf hin, daß nicht sie es sind, die die Wohnungen zu verteilen und vergeben haben, sondern, daß dieses lediglich die Aufgabe des Wohnungsvergebungs-Ausschusses ist. Dieser setzt sich zusammen aus hierzu gewählten Vertretern der Lichtenberger Einwohnerschaft und trägt letzten Endes die Entscheidung und Verantwortung hierfür.“

SPD-Anträge im Rathhaus.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Dringlichkeitsantrag für die Donnerstagssitzung der Stadtverordnetenversammlung gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, sobald Maßnahmen zu treffen, um den von der Stadt Berlin beschäftigten Gutsarbeitern und Schnittlern ein einwandfreies Unterkunfts zu beschaffen.“

Weiterhin hat die Fraktion folgenden Antrag in Sachen des Berliner Oberstadtschulrats gestellt: „Durch die Schaffung der drei Dezerntenstellen für das Volksschulwesen, das höhere Schulwesen und Fachschulwesen ist eine besondere Amtsbezeichnung für den leitenden Stadtschulrat von Berlin unumgänglich geworden. Wir

beantragen daher, dem Inhaber dieser Stelle die bereits in der Deffentlichkeit gebräuchliche Amtsbezeichnung „Oberstadtschulrat“ und den drei Dezernten für die einzelnen Teilgebiete des städtischen Schulwesens die Amtsbezeichnung „Stadtschulrat“ zu geben.“

Steuerschmerzen.

Die Finanz- und Steuerdeputation des Magistrats hat sich mit Anträgen verschiedener Interessentenverbände auf Abänderung der Luftfahrtssteuerordnung beschäftigt. Ein Antrag ging dahin, die Besteuerung der Lichtspiel-Theater so zu ändern, daß an Stelle der jetzigen gestaffelten starren Steuerjahre eine Besteuerung in Prozenten des auf die Eintrittskarten gedruckten Kassapreises tritt und gleichzeitig auch die Steuer selbst herabgesetzt wird. Die Deputation beschloß, die Einführung der Prozentualbesteuerung bei der Neubearbeitung der Luftfahrtssteuerordnung, die wegen der Reichsratsbestimmungen in den nächsten Monaten erfolgen muß, zu berücksichtigen, lehnte jedoch eine sofortige Änderung der Steuerordnung ab. Auf einen Antrag des Vereins der Saalbesitzer nahm die Deputation ferner in Aussicht, bei der demnächstigen Neuordnung der Luftfahrtssteuer für Tanzlustbarkeiten, bei denen nicht ausschließlich oder vornehmlich Wein verabfolgt wird, die Bestimmung zu beseitigen, daß die Pauschalsteuer erhoben werden muß, wenn sie höher ist als die Kartensteuer.

Eine tolle Geburtstagsfeier.

In der vergangenen Nacht kontrollierte eine Streife der Schutzpolizei die Gastwirtschaften wegen der Innehaltung der Polizeistunde. Dabei bemerkten die Beamten in einer Schantwirtschaft in der Sonnenburger Straße 10 gegen 1 Uhr nachts noch Licht und trafen die im Nebenhaus Nr. 9 wohnenden Gebrüder Andreas und Eduard Jungkunst an, von denen der erstere seinen 42. Geburtstag feierte. Die Beamten ließen die späten Gäste durch den Wirt auffordern, nach Hause zu gehen, und als diese sich weigerten, das Lokal zu verlassen, brachte der Wirt beide gewaltsam hinaus. Aus Wut darüber zertrümmerten die beiden die Glaschebe der Ausgangstür. Um weitere Sachbeschädigungen zu verhindern, forderten die Schutzpolizisten die Ruhestörer auf, mit ihnen zur Wache zu gehen. Als Antwort darauf griff Andreas J. einen der Beamten an, würgte ihn am Hals und warf ihn zu Boden, während sein Bruder Eduard sich auf den anderen Schutzpolizisten stürzte. Dieser feuerte nun einen Schuß auf Andreas J. ab, der ihn am rechten Oberschenkel verletzte und ihn kampfunfähig machte. Man brachte den Verletzten nach der nächsten Rettungswache und dann nach dem Lazarus-Krankenhaus.

Die täglichen Raubüberfälle. Gestern Abend gegen 8 1/2 Uhr wurde der 45 Jahre alte Postler Max Mühlke, als er nichtsahnend durch die Rathausstraße in Mariendorf ging, von einem Manne angehalten und unter Bedrohung mit einem Revolver aufgefordert, ihm seine Wertgegenstände auszuliefern. Mühlke aber packte blitzschnell seinen Gegner und hielt ihn so lange fest, bis Hilfe kam und der Straßenräuber zur Wache geführt werden konnte. Hier wurde der Täter als der 45jährige Buchbinder Wladislaus B. o. n. i. a. aus Tempelhof festgestellt.

Als gestern Abend gegen 10 Uhr die im Hause Zietzenstraße 19 wohnende Frau Helene Söhning von einem Ausgange heimkehrte und ihre Korridortür aufschließen wollte, trat ihr plötzlich auf der Treppe ein Mann entgegen und entriß der völlig Ueberraschten eine Handtasche mit 13 000 M. Inhalt. Ehe sich Frau S. von ihrem Schreck erholen konnte, war der Täter verschwunden.

Immer wieder Waldbrände. Gestern nachmittag kam in den Müggelbergen am Fuße der Bismarckturm ein Brand aus, der infolge des herrschenden Windes schnell um sich griff und etwa 2 Quadratkilometer wertvollen Baumbestand vernichtete. Die Köpenicker Feuerwehr hatte etwa zwei Stunden zu tun, ehe sie des Feuers Herr werden konnte. Der Schaden ist bedeutend. Gegen 4 Uhr nachmittags entfiel im Jagd 29 im Brunenwald Feuer, das etwa 50 Quadratmeter Waldbäume zerstörte.

In beiden Fällen ist noch unaufgeklärt, wie die Brände entstanden sind.

Schwer bestrafte Leichtsinn. Als gestern Abend der 17jährige Arbeiter Albert Schwarz seine Wohnung in der Prinz-Heinrich-Straße in Karlshorst aufsuchen wollte, fand er in der Nähe seiner Wohnung eine Sprengkapsel. Die Gefahr nicht kennend, trat er mit dem rechten Fuß auf die Sprengkapsel, so daß diese explodierte. Dem jungen Mann wurde das rechte Bein schrecklich zugerichtet. Nachdem man dem Schwerverletzten auf der Karlshorster Wache der Schutzpolizei einen Rotverband angelegt hatte, wurde er nach dem Elisabeth-Krankenhaus transportiert.

Die leidigen Obstreste. Der harmlose Bassant ist lässlich und stündlich in den Straßen Berlins mit Strauchlein bedroht, wenn rüchliche Müllschichten Obstreste und sonstige Reste eines sommerlichen Frühstücks, wie Schalen und Stengel, auf die Straße werfen. Eine Reihe von Unfällen der letzten Zeit — sogar Beinbrüche sind zu verzeichnen — läßt sich auf diese Ursachen zurückführen. Es ist daher dringendste Pflicht: des Publikums, die Polizeiorgane durch Selbsthilfe und Selbstziehung in weitestgehendem Maße zu unterstützen.

Verbotene Geldsammlungen. Dem Deutschen Bürgerbund, der sich auch „Dofiga“ (Deutsch-Obersächsische Sicherheitsorganisation) nennt, ist jede öffentliche Sammlung und Werbetätigkeit verboten. Nach den bisherigen Feststellungen zielt das Unternehmen lediglich auf eine Bereicherung seiner Gründer bzw. Leiter ab. Das Unternehmen ist deshalb durch Erlaß des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen unter Verwahrung gestellt worden.

Ein schwarz-weiß-rotes Sonntagsoergnügen fand am 21. August in Friedrichsfelde statt, und zwar in dem schönen Schloßpark, der sonst allen offensteht. Veranstalter wurde das Fest vom Kreisriegerverband Lichtenberg, Fahnen in schwarz-weiß-rot und in schwarz-weiß wehten über dem Festplatz, eine ehemalige Militärkapelle spielte „nationale“ Weisen, ein Turnverein „Wanderlust“ aus Hohenschönhausen beteiligte sich mit turnerischen Darbietungen. Erst am Sonntag selber kamen die Veranstalter mit kleinen Plakaten heraus, die vom „Königlichen Landrat A. D. von Treslow“ unterzeichnet waren. Die Treslows sind Eigentümer von Schloß Friedrichsfelde und hatten als solche den Park für den Sonntag freigegeben. Am Eingang des Parkes, der so der Deffentlichkeit entzogen war, kehrten viele Spaziergänger und Ausflügler enttäuscht um. Andere opfereten, gewiß nicht wenige aus bloßer Dummheit, 2 M. Eintrittsgeld und wurden so zu Mitläufern der Reaktion. Viele Festteilnehmer stolzierten umher, gekennzeichnet durch Hakenkreuze und ähnlichen „Schmutz“. Das Fest soll zu einem Wohltätigkeitszweck veranstaltet worden sein. Unser Gewährsmann fragt, ob aus dem Ueberschuß die Orgel oder der arme Mann in Doorn unterstützt werden soll.

Jugendpflegeweche in Neudölln. Das Bezirksjugendamt Neudölln veranstaltet vom 12. bis einschließlich 19. Dezember d. J. eine Jugendpflegeweche, verbunden mit einer Messe in der „Neuen Welt“. Bücher, Bilder, Sport- und Wandergüter sollen dort zur Ausstellung und zum Verkauf gelangen. Einschlägige Geschenke erhalten jede gewünschte Auskunft im Rathaus Neudölln, Zimmer 273.

Wechsel in der Leitung des Berliner Milchamtes. Wie die B.S. Korrespondenz erfährt, ist der bisherige Leiter des Berliner Milchamtes, Magistratsrat Dr. Berke, aus dem Dienst der Stadt Berlin ausgeschieden und hat eine leitende Stellung bei der Kontinentalen Milchgesellschaft übernommen.

Ein Arbeiterjüngersfest des 11. Bezirks (Spandau) des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes findet am Sonntag, den 28. August, in Karlshof am Bahnhof Jungfernheide statt. Von Spandau mit der Straßenbahn 35 zu erreichen. Um 2 Uhr Festzug von über 1000 Sängern und Sängerinnen der dem Bezirk angehörenden Vereine von Roabit, Charlottenburg, Siemensstadt, Spandau, Staaken, Seefeld, Nauen, unter Mitwirkung von Radfahrvereinen, Turnern und Schwimmern, nach dem über 3000 Personen fassenden Festlokal. Uebermäßig vom Kleinen Tiergarten, Roabit. Der Eintrittspreis ist so niedrig gesetzt, daß es auch dem Kinderarmen möglich ist, dieses Sängersfest zu besuchen. Es kommen Volks- und Freiheitslieder zum Vortrag. Der Hoffensgang steht unter der Leitung des Chormeisters und Komponisten H. Schulte. Außerdem sind 2 Musikkapellen vorhanden. Für Kinderbelustigung ist gesorgt.

Der Männerchor „Verde“, Mitglied des D.V.S.B., gab am Sonntag ein Konzert im Siechenhaus in der Fröbelstraße. Die dankbaren Zuhörer hatten dadurch in ihrem täglichen Einzelien ein sorgenloses und frohes Stündlein, die Sänger aber die Genugung, durch ihren Gesang Menschenherzen erfreut zu haben. — Zum Besten der „Russenhilfe“ sei schon jetzt bekanntgegeben, daß der 4. Bezirk des D.V.S.B. (12 Vereine mit 1000 Sängern) am Sonntag, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, auf der Spielwiese im Humboldthain ein öffentliches Konzert veranstaltet. Der Ertrag für das Hilfswerk soll durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden.

Eine große deutsche Brauerel- und Kellereimaschinen-Ausstellung, veranstaltet von der Versuchs- und Lehrverein in Berlin (V.V.B.) in Gemeinschaft mit dem Kellereimaschinenverband und dem Verband deutscher Maschinenfabrikanten für die Brauindustrie, wird vom 8. bis 16. Oktober in den Ausstellungsräumen des Instituts für Brauergewerbe (Seestr. 13) stattfinden. Die zur Verfügung stehenden Räume sind voll besetzt, und es wird die Veranstaltung, die nach dem Kriege zum ersten Male wieder ausgenommen wird, für das Braugewerbe und seinen Wiederaufbau von höchster Bedeutung sein.

Der zehnjährige Lohnabzug wird in einer Broschüre von E. Wichmann, die im Verlage für bargeldlosen Zahlungsverkehr in Berlin erschienen ist, behandelt. (Preis 3,50 M.). Neben der Wiedergabe und Erläuterung des Lohnsteuergesetzes und der darauf Bezug nehmenden Verfügungen des Reichsfinanzministeriums wird die Technik des Lohnabzugs in sehr klarer Weise behandelt und dabei aus wohlerwogenen Gründen für die Anwendung des Ueberweisungsvorfahrens eingetreten. Insbesondere den Betriebsräten dürfte das Studium dieser Schrift zu empfehlen sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 24. August:

11. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Bezirks Nord und Friedrich bei Rabe, Oberstr. 8; Bezirk Ost bei Wundt, Heidensiedl. 20; Bezirk Süd bei Rabe, Oberstr. 22.
12. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
13. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
14. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
15. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 24. August:

1. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
2. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
3. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
4. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
5. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.

Jugendveranstaltungen.

1. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
2. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
3. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
4. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.
5. 11. 7 1/2 Uhr Jahreshende in folgenden Lokalen: Zimmer, Buchstr. 8; Koblenz, Wollstr. 43 und bei Genet, Uckerstr. 10.

Aus aller Welt.

Ein Passagierdampfer gescheitert.

Paris, 20. August. (W.T.B.) Nach einer „Matin“-Meldung aus London ist der Dampfer Ring Orry mit 1500 Passagieren an Bord auf der Höhe von New-Brighton gescheitert. Die Passagiere wurden gerettet.

Ballonunglück in Witterfeld: vier Tote.

Sonabend nacht hat sich in Witterfeld ein schweres Ballonunglück ereignet. Es waren zwei Freiballons aufgestiegen, die beide gut vom Start abblauen, und von denen der eine auch glücklich wieder landete. Der andere Ballon unter Führung des Lehrers Ulrich floh alsbald gegen einen Fabrikschornstein, in dessen Steigelsen und Blitzableiter sich das Netzwerk der Ballonhülle verfang. Hierdurch wurde die Hülle aufgerissen, und der Ballon stürzte etwa 50 Meter ab. Drei der Insassen, Bauunternehmer Sommer, Elektriker Hesse und Schmitt Sonntag, sämtlich aus Holzweilich bei Witterfeld, wurden getötet. Der Ballonführer Ulrich, dessen Taikraft und Umsicht bereits durch über 40 Freiballonfahrten erprobt war, ist am Sonntag in einer Quaderkammer seinen Verletzungen erlegen.

Rhaffis gestorben. Der frühere griechische Ministerpräsident Rhaffis ist gestorben. Er war während des Krieges Anhänger der Neutralitätspolitik und wurde nach der Abdankung Konstantinos von Venizelos verfolgt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sitzung der Arbeitergemeinschaft für die weltliche Schule, Berlin-Humboldt-Nord, am Freitag, den 20. August, nachmittags 4 Uhr, im Reduzierten der 6. Gemeindefabrik, Köpenicker Straße in Berlin-Humboldt. Tagesordnung: Neugeborene Geschichtsunterricht; Schulentfaltungsfest. Gäste stets willkommen. — Öffentliche Versammlung des Bundes christlicher Sozialreformer heute abend 7 1/2 Uhr im Werner-Siemens-Nealognassium, Berlin-Schöneberg, Hohenpaulstraße, 47/48. Thema: Die fremden Sprachen in der neuen Schule und die Weltbewegung. Jedermann eingeladen.

Wetterbericht bis Donnerstag mittag: Trocken, heiß und warm bei mäßigen Winden.

Agitationskniffe.

Die „Freiheit“ beschäftigt sich am Sonntag in einem ausführlichen Artikel mit dem auch von uns besprochenen Buche „Hohenzollern“. Sie betont die sachliche Arbeit des Verfassers, kann es sich jedoch nicht verkneifen, daran anschließend zu bemerken, daß es gerade deswegen „eine klare Beurteilung der SPD. und ihrer Revolutionspolitik“ sei.

Uns liegt garnichts am Bruderstreit. Aber die „Freiheit“ hat nun mal eine Schwäche für agitatorische Wirkungen. Wir mußten das erst kürzlich feststellen, als man uns unterstellte, wir seien bedenkenlos für die vorgeschlagenen neuen indirekten Steuern.

Wenn man in der Hohenzollernfrage schon von „Schuld“ spricht, dann sollte man nicht vergessen, daß auch die unabhängigen Minister nichts dagegen hatten, daß schon im November 1918 650 000 M. nach Amerongen gingen. Sie konnten auch gar nichts dagegen haben, denn sogar Adolf Hoffmann unterschrieb am 13. November 1918 eine Verordnung, die dahin lautete, daß das Privateigentum von der Beschlagnahme frei bleibe.

Und vergißt die „Freiheit“, daß es ein unabhängiger Minister war, der Roste und seine Reichswehr anflehte, damit sie die Matrosen mit Waffengewalt aus dem Schlosse hinauswürfen?

Also, wenn man schon von Schuld redet, dann soll man doch aus der Ehrlichkeit des Buches „Hohenzollern“ nicht eine agitatorische Unehrlichkeit machen, die die anderen verleumdet und die eigene Partei unter Verschweigung schwerer Schuld ins hellste Licht setzt.

„Was wir nicht zu sagen wagen...“

Die „Rote Fahne“ zitiert ein Stück aus dem bekannten Artikel des englischen Professors Keynes und bemerkt dazu in ihrer schwülstigen Weise:

Was die Rechtssozialisten und Unabhängigen den Arbeitern nicht zu sagen wagen, um sie von der notwendigen Empörung zurückzubalten, eröffnet ihnen der englische bürgerliche Keynes.

Der Biedermann der „Roten Fahne“ hat diesmal besonderes Pech. Durch sein Zitat aus dem Keynes-Artikel beweist er nämlich klipp und klar, daß er diesen gar nicht im Original gelesen hat, sondern nur durch den Auszug kennt, den — der „Vorwärts“ in seiner letzten Sonntagsausgabe veröffentlichte. Denn nicht nur stimmt sein Zitat auf den Millimeter mit dem unsrigen überein, in gewohnter Flüchtigkeit hat der Mann der „Roten Fahne“ bei Ausschneiden des Zitats aus dem „Vorwärts“ auch eine von uns herrührende redaktionelle Erläuterung mitübernommen. Wir halten nämlich zur Orientierung unserer Leser einmal hinter die Kennesche Gewerkeangabe „7 Schilling“ in Klammern beigefügt 7 Goldmark. In Keynes' Originaltext steht das nicht, wohl aber steht es jetzt — im Zitat der „Roten Fahne“!

Damit hat die „Rote Fahne“ den Ursprung ihres Zitats unüberleglich gekennzeichnet. Während sie behauptet, wir wägen die Kenneschen Ausführungen nicht den Arbeitern bekanntzugeben, steht die Sache in Wirklichkeit so, daß ohne unsere Bekanntgabe die „Rote Fahne“ und ihre Leser bis heute noch nichts davon wüßten.

Glückliche Besitzer.

In unserem Artikel am Sonntag schrieben wir über die neue Vermögenssteuer und deren Zuschlag von 300 Proz.: „Ob mit diesen (Steuer-)Sätzen der noch ausstehende Teil des Reichtums, zugänglich der Fiskus, die in den zwischensiegenden Jahren hätten bezahlt werden müssen, tatsächlich voll erlegt wird, darüber bringt die Vorlage keine Berechnung.“

Unser Annahme, daß das Reichsnotopfer tatsächlich durch die neue Steuer gemildert wird, bestätigt sich nun, wenigstens für die höheren Steuerklassen. Herr Franz Weyer schreibt uns dazu:

In dem Beschlusse heißt es, daß zunächst der beschleunigt zu entrichtende Teil des Notopfers zu erheben ist, und daß der Rest des Notopfers durch den Zuschlag von 300 Proz. zur Vermögenssteuer erlegt wird, welcher 15 Jahre lang erhoben wird. In der beigefügten Tabelle ist nun für Vermögen von 30 000 M. bis 100 Millionen Mark der an Stelle des Notopferrestes 15 Jahre lang zu zahlende Zuschlag von 300 Proz. zur Vermögenssteuer im Gesamtbeitrag für 15 Jahre ausgerechnet; ferner der Rest des Notopfers, der hierdurch erlegt werden soll, und der Betrag, welcher hierdurch mehr oder weniger erzielt wird, soweit es sich um gleichbleibende Vermögen handelt. Dadurch ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß kleinere Vermögen unter 300 000 M. eine wesentlich höhere Abgabe zu leisten haben als früher, während die Abgabe bei Vermögen zwischen 300 000 M. und 100 Millionen Mark wesentlich niedriger ist als der Rest des Notopfers.

Vermögen	300 Proz. Steuerzuschlag in 15 Jahren	Rest des Notopfers	Wehr + Weniger —
Mark	Mark	Mark	Mark
50 000	0	0	0
51 000	1 170	50	+ 1 120
60 000	1 675	200	+ 1 375
100 000	3 875	1 000	+ 2 875
200 000	8 000	3 000	+ 3 000
300 000	15 750	16 000	+ 250
500 000	33 750	41 000	+ 7 250
750 000	61 875	66 000	+ 24 125
1 000 000	95 625	146 000	+ 50 375
1 500 000	185 625	296 000	+ 110 375
2 000 000	298 125	444 000	+ 155 875
3 000 000	569 125	781 000	+ 211 875
5 000 000	1 199 125	1 514 000	+ 315 875
10 000 000	2 398 125	3 014 000	+ 615 875
20 000 000	4 796 125	5 948 000	+ 1 151 875
100 000 000	23 980 125	29 948 000	+ 5 967 875

Bei 200 000 M. ist die Abgabe in 15 Jahren 1,50mal so hoch, bei 100 000 M. 3,37mal und bei 51 000 M. sogar 7,80mal so hoch wie der Notopferrest; dagegen beträgt die Abgabe bei 500 000 M. nur 0,82, bei 1 Million Mark 0,65, bei 1½ Millionen Mark sogar nur 0,63 des Restes, bei 3 Millionen Mark 0,73, bei 10 Millionen Mark 0,83 des Notopferrestes, und erst bei Vermögen über 100 Millionen Mark ist die Abgabe in 15 Jahren so groß, daß dadurch der Rest des Notopfers ausgeglichen wird.

Zinsen sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt! Wenn man diese noch in Rechnung stellt, so ergeben sich noch wesentlich niedrigere Abgaben! Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch diese sogenannte Berechnung des Notopfers von den Abgabepflichtigen, deren Vermögen in den 15 Jahren sich nicht vermehrt hat, eine bedeutende Mindereinnahme erzielt würde, daß nur die kleineren Vermögen unter 300 000 M. wesentlich mehr bezahlen müßten, und daß die Vermögen von 300 000 M. bis 100 Millionen Mark viel niedrigere Abgaben zu leisten hätten als nach dem Notopfergesetz. Wenn auch die neu gebildeten Vermögen das Bild

etwas ändern, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Sätze des Vermögenssteuergesetzes einer gründlichen Aenderung bedürfen, da sonst von einer Berechtigung des Reichsnotopfers keine Rede sein kann.

Auch wir sind der Auffassung, daß von einer „Beredelung“ des Reichsnotopfers bei diesem Beschlusse nur für das Großkapital gesprochen werden kann.

Streit um den Ausnahmezustand in München

Der Münchener Stadtrat beschäftigte sich Dienstag abends einigend mit dem Antrag der USPD, der an den Reichspräsidenten und an den Reichstag das Ersuchen stellt, von der bayerischen Regierung die Aufhebung der einstweiligen Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zu verlangen. Der USPD-Stadtrat Schmögger vertritt den Standpunkt seiner Partei und richtet seine Angriffe gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien, indem er auch die letzteren warnt, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, denn letzten Endes könnten die Bürgerlichen selbst unter die Räder kommen. Der demokratische Stadtrat Hübisch erinnerte an die Gewalttaten der Rätezeit und erklärte, daß seine Fraktion an dem im Landtag eingenommenen Standpunkt festhalte. Die bürgerlichen Parteien würden deshalb den Sitzungssaal verlassen. Der Stadtrat Scharnagel (Bayer. Volksp.) betonte, daß seine Partei es ebenfalls ablehne, an den Beratungen teilzunehmen. Nach diesen Erklärungen verließen die Bürgerlichen den Sitzungssaal. Der mehrheitssozialistische Stadtrat Hoffmann erklärte, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, weil sie gegen jeden Ausnahmezustand sei. Auch er wiederholte die Vorwürfe, daß die Regierung dem Preiswucher unzulässig zusehe und jede Freiheit unterdrücke. Es läßt sich so aus, als ob der Regierung Hungerrevolten erwünscht wären. Man müsse die Reichsregierung auf das Verhalten der bayerischen Regierung aufmerksam machen. Der Kommunist Weigl erging sich dann in Drohungen gegen die Bürgerlichen. Nach weiteren Ausführungen des Unabhängigen Simon, der sich darüber beschwerte, daß auch das Mitteilungsblatt seiner Partei unterdrückt worden sei, stellte der Erste Bürgermeister Schmid fest, daß das Haus tatsächlich beschlagnahmt sei. Der Antrag der USPD geht daher als Meinungsäußerung der sozialistischen Parteien an den Reichspräsidenten und den Reichstag.

Maßnahmen gegen den Preiswucher.

Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion hat beim Stadtrat den Antrag eingereicht, es solle unverzüglich mit den Regierungen verhandelt werden, wie weitere Preissteigerungen hintanzuhalten seien. Gegen die zunehmende Fälschung und Verschlechterung der Lebensmittel sei durch eine strenge Kontrolle vorzugehen. Für die minderbemittelte Bevölkerung seien auf Kosten der Stadt Nahrungsmittel zu beschaffen und zu verbilligten Preisen abzugeben. Ferner wurde beantragt, mit den anderen größeren Städten in Verhandlungen zu treten zur Hintanhaltung eines gegenseitigen Ueberbietens auf dem Lebensmittelmarkt.

Kommunistischer Parteitag.

(2. Tag. Vormittags-Sitzung.)

Jena, 23. August. (Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.) Kreislich-Reichenberg begrüßt den Parteitag namens der in Bildung begriffenen KPD der Tschechoslowakei und erklärt, daß die deutsch-böhmischen Kommunisten die Brücke schlagen sollen, von den Reichsdeutschen zu den Tschechen.

Die Italiener schickten ein Begrüßungstelegramm. Für das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale hält Kalapoff eine Rede in russischer Sprache. Er ist beglückt über die gefestigte Ausschließung der drei „Renegaten“.

Ein oppositionelles Flugblatt.

Die Besi-Gruppe hat in der Nacht eine Flugchrift herstellen lassen mit dem Titel „Einigungs-Reinigungs-Parteitag“. In der Einleitung bezeichnet Leul das Ganze als Lehmwabenbau innerhalb der Dritten Internationale. Er wiederholt, daß die Märzoffensive ein katastrophaler Fehler gewesen sei, den man jetzt in einen Fortschritt umlagern wolle. Die anarchisch-bolschewistische Leitung in der KPD sei nur in keinem Grade schuldig. Schuld sei die Abenteuer-Politik des kleinen Bureaus der Exekutive. Der Name Leul sei der Exponent der alten kommunistischen Ideologie. Statt der reinigenden Hinauswerfung sollte man aussprechen, was ist, aber das zu sagen sei Diskreditbruch.

In einer Erklärung der gestern hinausgeworfenen, Kurt Geper und Bernhard Düwells, wird die Stöckerische Begründung der Ausschließung bestritten und die Ablehnung oder Verschleppung von Artikeln der beiden festgehalten. Ferner legen die Besi dem Parteitag eine Resolution vor, die den schweren Rückschlag infolge der Märzaktion feststellt, und beantragt, die für die Märzaktion verantwortlichen Mitglieder der Zentrale aus ihren Ämtern zu entfernen und vom Exekutivkomitee der Dritten Internationale zu fordern, daß es erklärt, welche Garantien es zu geben gewillt ist, daß der vom 3. Kongreß vorangezeichnete Weg nicht verlassen werde. In dem Verhalten des Exekutivkomitees zur italienischen Partei nach dem Kongreß sehe man neuerdings die Gefahr eines solchen Abweichens.

Die Flugchrift enthält noch die Artikel „Schuldige als Richter“ von Kurt Geper und „Radel als Steuerhelfer“ von Bernhard Düwells.

Referent Ernst Weyer verliest den schriftlichen Bericht der Zentrale und ergänzt ihn dahin, daß es größtenteils gelungen sei, die Arbeitssolden der KPD zu entzählen. Der „Offene Brief“ sei nicht durch genügende Propaganda vorbereitet worden, so daß er als ein Trid wirkte.

konnte, um rasch breite Massen zu sammeln. Die Partei hatte wiederholt zu kurzen Atem bei der Vorbereitung ihrer Vorlesungen bewiesen. Auch sei der „Offene Brief“ kein Mindestprogramm der Partei. Die Bombenattentate und Eisenbahnrevolten im März der Partei nur Last zu legen, sei Verleumdung. Der antiputschistische Geist hatte den Spartakusbund wiederholt schmalzgelegt, so in der Kapp-Boche und beim russisch-polnischen Krieg. Den illegalen Apparat der USPD haben wir architektonisch übernommen. Er war aber in wertlose Spielerei ausgeartet. Auch bei uns ist das „revolutionäre Mittel“ überschätzt, vielfach als Generalkriegshandlungen worden usw. Auch

überschätzen wir unsere Kraft

und unterschätzen die der Geoner. Offensive bedeutet nicht immer Generalkrieg, sondern eine größere Lebendigkeit in der Tagesarbeit. Gegenüber der Strohhalme der Kapp-Rebellen und der Mörder bolschewistischer Gefangener. Wir anerkennen den revolutionären Mut von H. A. Wir verurteilen es, daß er sich abseits anstellt hat und allen unseren Versuchen, mit ihm Verbindung zu bekommen, auswichen ist. Seine Motive sind nicht die unseren, aber damit rufen wir nicht von ihm ab. Die Verhältnisse mit dem verhassten Brandler war erklährt. Geener über dem Gericht hätte er aggressiver auftreten

müssen. Mandes in seinen Neben entspricht nicht der Auffassung der KPD.

In der Diskussion betont Schmidt-Hannover, Trotskys Moskauer Konkrete sei rein ideologisch gewesen. Aus den denkbaren Moskauer Thesen müßte die KPD den Wind entnehmen, sich als Massenpartei an die Spitze des Proletariats zu stellen. Feder-Hombura kritisiert gleichfalls Trotski und die Thesen. Der nächste Redner ist der blinde Dichter Schönlank-Halle,

der auf die Tribüne geführt wird. Er warnt vor Opportunismus und KPD-Einstellung. Der erste ist gestern erledigt worden. (Ohne Rufe.) Je schärfer wir die Richtungen ausmerzen, desto weniger wird es eine KPD geben. Die Fehlerquelle in Mitteldeutschland war, daß man glaubte, ohne Waffenanwendung in die Welt erringen zu können und daß man zwar den schönsten Organisationsapparat, aber nicht den revolutionären Geist hatte.

Friesland-Berlin wendet sich gegen die Kritik des Moskauer Exekutivkomitees an den Berlinern. Er weist den Vorwurf zurück, daß „Schreibhülle“ in Berlin führen. Berlin habe zuerst Bedenken gegen die Märzaktion erhoben.

Matzahn (Gewerkschaftszentrale) erklärt namens der oppositionellen Delegation in Moskau, daß durch die von ihm gebilligten Kongreßbeschlüsse

die Parteikrise noch nicht beendet

sei. (Unruhe.) Dazu gehört eine geistige Umstellung von der falschen Offensivtaktik weg, die zur Märzaktion geführt hat und die der Kongreß verurteilt hat. Zu dieser Umstellung gehört guter Wille und Selbstprüfung. Ob dieser Wille auf dem Parteitag vorhanden ist, bezweifle ich. (Ohne Rufe.) Das beweist die Resolution der sogenannten Linken vom Weltkongreß, die die Kongreßbeschlüsse anerkennt, aber die Offensivtaktik wieder einschmuggeln will. Die Ueberredeten (Ohne) lassen Trotski laien: Wir müssen bis 1924 warten. Das wäre ganz gut, da sind wir etwas älter und vernünftiger. (Heiterkeit u. Unruhe.) Thelenbauer brauchen wir nicht mehr. Da wäre es besser, wie gingen wieder mit Pech und Blum nach Moskau. (Große Heiterkeit.) Lenin und Trotski laien, daß wir mindestens die Mehrheit des Industrieproletariats und die Masse des ländlichen Proletariats haben müssen. (Lebhafte Rufe.) Jedensfalls bekommen wir die nicht durch das verrückte Geschrei der „Roten Fahne“ vor der Märzaktion, das die Arbeiter rangelastet an ihre Schächter, sondern durch die Gewerkschaftsarbeit, die manche Genossen abwürgen wollen. (Große Unruhe) und die allein uns das Vertrauen gewinnen kann. (Teilweiser Beifall.)

Söder verliest die bereits erwähnte Erklärung Kurt Geper und Bernhard Düwells, die sich gegen Stöckers Begründung der Ausschließung richtet. Söder laien dazu, daß Geper Erklärung keine — Söckers — Angaben bestätige (?). Aus technischen Gründen konnten Artikel von Geper, aber auch von Thälheimer in die Parteizeitschrift der „Internationale“ nicht aufgenommen werden. Diese Nummer ist überhaupt noch nicht erschienen. Auch Düwells' Beschwerde sei unberechtigt. Die Mitarbeit an „Unser Weg“ sei ein unerhörter Diskreditbruch und man werde sich nicht länger mit Erklärungen abgeben.

Die Niederschönenfelder Festungsangehörigen schicken ein Begrüßungsschreiben. Nach dessen Verlesung tritt Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

In der weiteren Diskussion wiederholt sich die Kritik an Trotskis Moskauer Referat. Reumann-Berlin (Gewerkschaftszentrale) spricht im Sinne Matzahns gegen die Offensivtaktik. Es ist nicht wahr, daß die Partei die Lehre aus der Märzaktion gezogen hat, und es ist eine Geschichtsklitterung, wenn die Zentrale sagt, daß das Auftreten der Besi-Gruppe verhindert habe, diese Lehre zu geben. Es kann jeder auftreten und rufen: „Heraus aus den Gewerkschaften, wir können sie nicht erobern!“ (Widerpruch.) Der Weltkongreß hat uns verpflichtet, in den Gewerkschaften zu bleiben. Die Zentrale darf solche Treibereien nicht dulden. Die Parteikrise ist noch nicht überwunden. In Zukunft darf nicht mehr die Parole des bewaffneten Aufstandes an die Spitze der Aktion gestellt werden. Der Befundungsprozeß muß durchgeführt werden.

Siewert-Chernit: Wenn uns die Moskauer Thesen wichtiger erscheinen als die Kritik der KPD-Zentrale, so darf sie darum nicht glauben, daß die Mitglieder mit ihr vollumfänglich zufrieden sind. Bei uns fürchten sich viel zu viele vor dem Wort „Opportunismus“. — Des Redners Mitteilung, daß eine Artikelserie im Chemnitzer Parteiblatt, die im Sinne des „Opportunismus“ gehalten ist,

Brandler zum Verfasser

hätte, erregt lebhaft Unruhe.

Thälmann-Hamburg: Wir Arbeiter konnten in Moskau mit den Theoretikern nicht Schritt halten. Aber die Offensivtheorie gewisser Rivalen der Zentrale machen wir nicht mit. Ich freue mich über die Kritik an dem ideologischen Referat Trotskis, an dem Theoretiker nichts auszusuchen hatten. Nicht verstehen werden es die Massen, daß von Moskau drei Briefe mit ganz verschiedenen Auffassungen — E. A., Lenin und Radel — an uns gerichtet werden. Wen soll man denn da verprügeln? Also weniger Theorie und mehr praktischen Kampf. (Beifall.)

Klara Zetkin: Rein, nicht weniger, sondern besser theoretisieren. In der entscheidenden Zentralauswahlung laien ein Beschwörer der Offensivtheorie: Wir wollen uns das Geschick des Handelns nicht von den Gebern vordrehen lassen. Diese selbstbewußte Partei soll sich einmütig fühlen gegenüber der Kritik an der Märzaktion? Diese Kritik zält nicht der Partei, sondern ihrer Zentrale. Diese revolutionäre Offensivtheorie kam am Beginn der Märzaktion, und um sie zu unterbinden, hat die Zentrale ihre Macht gebraucht und sogar mißbraucht und ihre heutige Resolution behindert die volle Ausnutzung der Moskauer Ergebnisse. Trotz allem ist die

Märzaktion ein Fortschritt

gemessen, soweit sie ein Aufbäumen der Arbeiter gegen die Passivität, gegen den alten sozialdemokratischen Drill zum Verzicht auf „ungeheuerliche“ Mittel war. Man kann nicht sofort aus dem Vorzimmer der Propaganda in die alte Stube der revolutionären Aktion treten. Organisation und Aktivierung gehören gleichermaßen dazu. Die Parteileitung aber erklärte als Geschehnis dieser Partei, die Märzaktion sei nur der Anfang der Offensive, die bereits

in ihren Grundzügen vor der Provokation Hörstings fix und fertig war. Die Masse und die Verhältnisse müssen reif sein für die Revolution. Die Massen fühlen, daß die Masse der deutschen Arbeiter die Revolution noch nicht will, wir müssen sie dazu bringen. Wir wollen den Kapitalismus nicht wieder aufrichten.

Cantor-Oberschlesien (Pole) begründet eine dritte Resolution neben denen der Zentrale und der Linken.

Müller-Braunschweig weist gleichfalls auf die drei verschiedenen Meinungen der Briefe von Moskau hin. Da sei es freilich schwer, sich eine Meinung zu bilden.

Frau Wagner: Die Fehler der Märzaktion hätte man früher ausbessern sollen. Es ist falsch, aus der Krise einen Fall Leul zu machen, diese beruht auf prinzipiellen Gegensätzen. (Sehr richtig!)

Brach-Kemscheid: Zur Beurteilung der „Offensivtaktik“ müßte eine geschlossene Partei auch schon vor dem Weltkongreß kommen und durfte nicht durch Unterdrückungsmaßnahmen der Zentrale sich daran hindern lassen. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, wer das Vertrauen der Masse hat.

Weiterberatung Mittwoch 9 Uhr.

Zusammenkunft des Preussischen Landtags am 28. September. Wie die „VPR“ an zuständiger Stelle hören, wird der Preussische Landtag, dessen Hauptversammlung bereits am Dienstag seine erste Sitzung nach den Ferien wieder abgehalten hat, am Mittwoch, den 28. September zusammenzutreten.

Die Russen auf dem Internationalen Genossenschaftskongreß. Der Internationale Genossenschaftskongreß hat in der Frage der Zulassung der russischen Delegation mit 733 gegen 474 Stimmen eine Resolution abgelehnt, die die Entscheidung über die Frage der Zulassung hinausgeschoben wollte. Dementsprechend wurden die russischen Mandate als zu Recht bestehend anerkannt.

Gewerkschaftsbewegung

An die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter!

Aus der Gewerkschaftskommission wird uns geschrieben:
Die Gewerkschaftswahlen für die Arbeitnehmerbeisitzer sind vorüber. In den sozialistischen Tageszeitungen haben Gewerkschaftskommission und Liga-Bund (Ortsrat Groß-Berlin) wiederholt zur Wahl der Liste der freien Gewerkschaften aufgerufen. Die Einrichtung der Gewerkschaften ist für die Gesamtheit des Proletariats von großer Wichtigkeit, werden sie doch als Einigungsinstanz anerkannt und sollen sie bei gewerkschaftlichen Streitigkeiten schnell und sachverständig entscheiden. Es mußte also alles getan werden, um die Liste der Vertreter der freien Gewerkschaften zum Sieg zu führen, denn nur die freien Gewerkschaften sind Gegner der kapitalistischen Wirtschaftspolitik und führen den Kampf gegen das Kapital.

Bei der einschneidenden Bedeutung der Gewerkschaften für das gewerkschaftliche Leben mußte die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse alles daran setzen, auch hierfür ihren Einfluß geltend zu machen. Mit aller Energie muß sie überall eindringen und alle Widerstände beseitigen.

Da führt ein Berliner Blatt, das es muß leider feststellen werden, in freigewerkschaftlichen Arbeiterkreisen nach einer reichlichen Referat hat, gegen diese Bestrebungen einen verheerenden Schlag. In der Morgensnummer der „Morgenpost“ vom Sonnabend ist ein heftigstes Inserat des Nationalen Gewerkschaftsverbandes aufgenommen, in dem für die Liste der „Gelben“ Stimmen gewonnen werden. Ein Blatt, das sich stets den Anschein der „Arbeiterfreundlichkeit“ zu geben verucht, schädelt hier die Interessen der freigewerkschaftlichen Arbeiter auf das Größte.

Es zeigt sich, wie schon so oft, daß bürgerliche Blätter, welchen Schein sie auch immer vorzudecken, für die Interessen der freigewerkschaftlichen Arbeiter nicht das geringste Verständnis haben. Durch die Aufnahme von Inseraten der selben Organisationen, die den Freiheitskampf des Proletariats hemmen, demontieren sich solche Blätter und enthüllen ihren wahren Charakter.

Diese Blätter müssen daher samt und sonders aus dem proletarischen Haushalt verschwinden; für sie darf kein freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter Geld übrig haben.

Wir fordern unsere Mitleser auf, nur die Preise zu lesen, die ihre Interessen wahrnehmen. Die Presse, in der sie alles finden, was sie mit ihrer Klasse und mit dem gewerkschaftlichen Leben aus enge verknüpft. Hierfür kommt nur die Presse der sozialistischen Parteien in Frage.

Heraus mit allen anderen Zeitungen!
Leb die sozialistische Presse!

Wahlung, Kaufmannsgerichtswahlen!

Am Sonntag, den 28. August, in der Zeit von 9-5 Uhr, finden in der Stadtgemeinde Berlin die Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht aus dem Kreise der Handelsnachrichten statt. Wahlberechtigt ist jeder männliche und weibliche Handelsnachricht, der in Groß-Berlin wohnt und am Tage der Wahl des 20. Lebensjahr vollendet bzw. überschritten hat.

Für die Ausübung des Stimmrechtes ist die Vorbringung einer Bescheinigung des Prinzipals oder der Postbehörde erforderlich, aus der hervorgeht, daß und wo der Betreffende als Handlungsgehilfe beschäftigt ist.

Erwerbstätige Handlungsgehilfen müssen eine Bescheinigung der Postbehörde beibringen und einen Ausweis darüber, daß sie zuletzt als Handlungsgehilfen tätig waren. Sie sind stimmberechtigt, sofern sie am 18. Juni d. J. nicht länger als 6 Monate erwerbslos waren. Alle Handlungsgehilfen, denen an einer sozialen Rechtsprechung gelegen ist, geben am 28. August ihre Stimme der Liste.

Zentralverband der Angestellten (ZVA).

Die Wahlen der Arbeitgeberbeisitzer finden am Freitag, den 26. August, in der Zeit von 9-5 Uhr, statt. Sozialistische Arbeitgeber geben ihre Stimme am Wahltag der Liste.

Freie Arbeitgeber.

Die Lohnforderungen der Hochbahner.

Das Verkehrs- und technische Personal der Berliner Hochbahn nahm in einer sehr stark besuchten Vollversammlung im großen Saale der Vorkauferei Stellung zu der erneut einkehrenden ungeheuren Steigerung der gesamten Lebenshaltung. Genosse Alexander Stein hielt als Einleitung ein Referat über die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Er fand ovationale Zuhörer und nach Beendigung seines Referats großen Beifall.

Denn gab der Vorsitzende des Betriebsrates unter besonderer Berücksichtigung der niedrigen Löhne, die im Jahre 1918 56,0 Pf., 1917 70,6 Pf., 1916 120,3 Pf. und bis in die heutige Zeit laut Geschäftsbericht bezahlt wurden, als die Industrie schon drei- bis fünfmal höhere Löhne zahlte, und die somit zur allmählichen Verelendung der gesamten Angestellten und Arbeiter der Hochbahn führten, die Forderungen bekannt.

Das Verkehrspersonal fordert für Zugführer, Weichensteller, Zugbegleiter, Blockwärter monatlich 1550-1600 M., für Schaffner 1530-1580 M., für Fahrkartenverfäufserinnen 1270-1320 M., für sonstige weibliche Kräfte pro Stunde 6,00-6,30 M.

In sonstigen Zulagen wird monatlich verlangt: für Zugführer, Weichensteller, Begleiter, Blockwärter 32 M., Funktionszulage 26 M., Kleidergeld für alle Verkehrsangestellten 30 M. und Kindergeld pro Kind 90 M.

Das technische Personal fordert für Handwerker 8,20 M. pro Stunde, für Angelernte 8,00 M., für Ungerlernte 7,90 M. und für Nachtarbeit einen Zuschlag von 60 Pf. pro Stunde. Nach einjähriger Beschäftigung erhöhen sich die vorerwähnten Löhne um 10 Pf. pro Stunde. Außerdem eine Kinderzulage von 90 M. monatlich.

Nach reger Aussprache, in der das Wohlleben und der überhandnehmende Luxus der bestehenden Klassen kritisiert und die einseitigen Maßnahmen der Regierung für die Besiegten und gegen die Arbeiter aufs schärfste gegeißelt wurden, beauftragten die Versammelten die Gewerkschaften und Betriebsräte, ihre Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu vertreten. Um nicht der gänglichen Verelendung anheim zu fallen, soll auch vor dem Letzten Mittel nicht zurückgeschreckt werden.

Eine stürmische Dachdeckerversammlung.

In der Versammlung am 21. August berichtete Witt aus über den Verlauf des Gantages. In einer lebhaften Auseinandersetzung mit den Anhängern der Kommunisten kam es auch in dieser Versammlung, weil sie wiederum verurteilten, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und sie mußten sich gefallen lassen, daß ihnen von Gärnig, Witt aus und Stolzenhain die Wahrheit gesagt wurde. Bei der Stellungnahme zur Vertragsfestlegung wurde beschlossen, den Verbandsbeitrag auf 5 M. zu erhöhen. Der erhöhte Beitrag ist von der 26. Beitragswoche ab zu bezahlen. Ebenfalls wurde auch die Aufstellung der Kandidaten zum Verhandlstage vorgenommen. Aufgestellt wurde Witt aus, Stolzenhain, Trämper, Wischoff, P. K. Kuste, Fuchs. Die Wahl der Delegierten soll am 10. September in den Jahreshellen erfolgen. Auf Antrag Gärnig wurde auch beschlossen, den Posten über den „Vorwärts“ aufzugeben und diesen wieder für Bekanntmachungen aller Art zu benutzen. Recht bezeichnend war hierbei die Haltung der Kommunisten, sie traten ziemlich einmütig diesem Vorschlag bei. Auch Kuske hatte als Kommunist für diesen Antrag gesprochen. Stolzenhain forderte zu reger Beteiligung an den Sammlungen für die Rückzahlung auf und erwiderte, zu diesem Zweck nur die Listen zu benutzen, die von der Gewerkschaftskommission herausgegeben wurden. Ebenfalls forderte er die Kollegen auf, sich recht rasch an den Beitragslisten von der Betriebsrätezentrale zu beteiligen. Leider kam es am Schluß dieser Versammlung wieder zu einer kleinen Abspaltung. Von den Kommunisten wurde in recht provozierender Weise die Geschäftsführung des Vorstehenden Stolzenhain bemängelt. Der Vorsitzende fragte nach den bekanntgegebenen Mitteilungen, ob noch jemand etwas anzuführen habe. Es meldete sich niemand. Als der Vorsitzende darauf die Versammlung für geschlossen erklärte, erhob sich großer Lärm. Er erinnert den Anwesenden, als ob die Kommunisten mit Bedacht darauf hinarbeiten, den Vorstehenden Stolzenhain von seinem Posten zu verdrängen. Sollen sich die Dachdecker Berlins gegen unbillige Zwangsmaßnahmen schütten, dann haben sie die Pflicht, in allen Versammlungen immer pünktlich zur Stelle zu sein und in entscheidender Weise gegen das anmaßende Vorgehen der Kommunisten Front zu machen.

Noch keine Einigung!

Die am Montag zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen unter dem Vorsitz des Reichsanwalters Dr. Birch gepflogenen Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtengehälter und der Arbeitervergütung wurden am Dienstag fortgesetzt, führten aber noch nicht zum Ziel. Zwischen den Auffassungen der Vertreter der Beamten und der Arbeiter einerseits und den Vertretern der Regierung andererseits bestanden wesentliche Differenzen. Die Verhandlungen wurden daher unterbrochen, um sowohl der Reichsregierung Gelegenheit zu geben mit den Parteiführern Frühling zu nehmen, als auch um es den Vertretern der Organisationen möglich zu machen, weitere Organisationsdirektoren heranzuziehen. Heute soll zunächst ein Kabinettsrat stattfinden, worauf weitere Verhandlungen erfolgen werden. Die Regierung ist bemüht, eine Einigung herbeizuführen.

Generalfreitag in Kiel.

Die Verhandlungen zwischen dem Ortsrat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Bund der Arbeitgeber über die Bemessung der Feuerrenten für die in den Kleinbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer sind am Montagabend gescheitert. In dem am gleichen Abend einberufenen Versammlungen sämtlicher Berufsgruppen wurde daraufhin beschlossen, die Angebote der Arbeitgeber für unannehmbar zu erklären und sofort in den Streik einzutreten. Der Streik hat denn auch am Dienstagmorgen eingesetzt.

Russenhilfe. Die Sammellisten Nr. 1559 und 1560 mit dem Stempel „Betriebsrat Orenstein u. Appel K.-G. Fabrik Spanbau“ sind verloren gegangen. Wir bitten, diese anzuhalten und an das Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Pflanzstr. 83/85, oder an die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, Engelstr. 14/15, abzuliefern.

Achtung Zimmerer! Die über die Firma Siemens u. Halske, Baustelle Hallesches Tor, verhängte Sperre betrifft das ganze Das 6, also vom Halleschen Tor die Friedrichstraße entlang bis kurz hinter der Pflanzamerstraße. Die Sperre ist verhängt, weil wilde Bauarbeiter als Streikbrecher dort Zimmerarbeiten ausführen, und weil Herr Baumeister Lindner es ablehnt, die zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation beschlossene Nachzahlung vom 22.-26. Juli pro Stunde 60 Pf. nachzuzahlen.

Weiter werden hierdurch nochmals alle Zimmerer in allen Betrieben aufgefordert, nur zu dem neuen Lohn, das ist pro Stunde 7,50 M. und 15 Pf. Entschädigung für Werkzeug u. a. r. d. e. l. l. e. n.

Des Weiteren werden die bei Borzig (Tegel) beschäftigt gewesenen Zimmerer aufgefordert am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf zu erscheinen.

Zimmerer Groß-Berlin! Vertrauensmänner-Versammlung Donnerstag nachm. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Alle Vertrauensmänner, Obleute und Betriebsräte aus dem Hoch-, Beton- und Tiefbau sowie sämtlichen Fabrikbetrieben sind hiermit eingeladen.

„Lohnkampf im Felsberggewerbe.“ Zu unserem Bericht in Nr. 894 des „Vort.“ teilt uns der Genosse Bernhard S. r. o. s. e mit, daß er nicht von sich aus anstatt 85 Proz. 40 Proz. Lohnherabsetzung forderte, sondern lediglich die ihm als Versammlungsleiter überreichte Resolution mit der Herabsetzung von 40 Proz. verteilte und zur Abstimmung gebracht hat.

Ein Streik in Breslau ist bei der Linke-Hofmann-Werke-K.-G. ausgebrochen. Die Hilfsarbeiter fordern die Erhöhungen aus dem neuen Lohnabkommen rückwirkend ab 15. Juli, während die Direktion sie erst ab 1. September zahlen will.

Die Buchdruckerbewegung in Rheinland-Westfalen ist beendet. Die monatlichen Sonderzulagen wurden in den einzelnen Wirtschaftsgebieten um 100, 125 und 150 Proz. erhöht.

Der polnische Eisenbahnerstreik wird durch einen Teilstreik im Danziger Direktionsbezirk begünstigt. Der Korridorverkehr ist unterbrochen. — Der Bahnhof in Posen wird militärisch bewacht. Das Posener Generalkommando hat die Jahrgänge 1882 bis 1882 der deutschen Eisenbahnertruppen zu einer überzeitigen Übung einberufen. — Eine interministerielle Konferenz unter Vorsitz des Arbeitsministers Darowski befaßte sich mit der innerpolitischen Lage der Polnischen Republik, besonders mit den Forderungen der Eisenbahner der ehemals preussischen Teilgebiete.

Nach die Eisenbahner in Peru streiken, und zwar zunächst in Lima. Doch wird befürchtet, daß die Bewegung sich auf ganz Peru ausdehnt. Aus verschiedenen peruanischen Provinzen werden Aufstände gemeldet, die völlig kommunistischen Charakter haben sollen.

West. West-Schleier. Donnerstag 7 Uhr im Lokal „Kunstliche Fische“, Köpenick, 7. Sitzung. Mündlich erscheinen. — Die Debatteeröffnung. — 8. Sitzung. Angeheils der Runds- und Bauvereinigungen. Freitag 7 Uhr in den Sophien-Gärten, Köpenick, 17/18 (Hochzeitssaal). Versammlung sämtlicher Angehörigen der obigen Branche, die in West-Verbanden organisiert sind. Die Abhaltung des Tarifvertrags.

Transportarbeiterverband. Elektrodrahtführer: Mittwochs nachmittags 9 1/2 Uhr und Donnerstags morgens 6 Uhr im Lokal von Remte (Hah. Freitag), Köpenick, 12. Die Hannoverische Straße, 2 große Versammlungen. Tagesordnung: Stellungnahme zum neuen Lohnsatz. — Sozialistischer Donnerstag 8 Uhr bei Dörfer, Webersstr. 17, Versammlung. Bericht über unsere Tarifverhandlung. — Gelbeschleier, Drotteutrichter und Rauten: Donnerstag 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 76, Brandenburger Versammlung. Stellungnahme zur Tarifabklärung.

Textilarbeiterverband des Reichs und Polizei, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 Uhr, bei Schulz, Am Rindengraben 2. Kassenversammlung aller Reichs- und Polizeitarbeiter der Metallindustrie. Tagesordnung: „Das neue Angebot der Metallindustrie“. Wir verlangen, daß jeder Kollege anwesend ist, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden. — Die Brandenburger.

Textilarbeiterverband. Holzschmied- und Goldschmied-Brandenburger. Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, in den „Kunstlichen Fisch“, Köpenick, 12. Versammlung aller in obiger Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen und Beschlußfassung. Alle in obiger Branche Beschäftigten sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Als Legitimation gelten die Mitgliedsbücher.

Verband der Gürtler und Gürtlerarbeiten. Freitag, den 26. August, abends 7 Uhr, in der Schule, Köpenick, Berlin, Am Rindengraben 2. Gruppe Gemeindegewerkschaft: Brandenburger Versammlung für Groß-Berlin. Die wichtige Tagesordnung erfordert pünktliches und vollständiges Erscheinen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Dr. Güter, Berlin; Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Graf-Straße 2. Druck- und Verlagsanstalt von Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 8. Preis 1 Blatt.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besonders das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
KUKIROI
Schachtel M. 3.-, in Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Fahrschein und Quittung über 1 M.
84121
D 6121
Berliner Straßenbahn
W.B. Leitzinger Platz 54
Anweis für die Fahrgäste
Fahrkarte gilt.

Glyzoran
Wahcreme
Sie müssen den Glyzoran-Fahrschein sammeln!

Haltestelle Straßenbahn

Sieh' doch mal, die hübsche Kleine sammelt Glyzoran-Fahrscheine!

Für 50 Glyzoran-Fahrscheine erhalten Sie in jedem besseren Geschäft eine echte Original-Doze Glyzoran-Schuhcreme gratis!

Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Gold - Platin - Silber - Münzen
Neuhaus, Roßstr. 8
Bruch Ketten Ringe Uhren
Nähe Spittelmarkt Einkauf nur im Laden, nicht im Hof

Breslauer Messe
4. - 8. Sept.
Bedeutendster
Crossmarkt des Ostens
Günstigste
Einkaufsgelegenheit
Breslauer Messe
Gesellschaft

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2% in Zahlung genommen.
Während der Renovierung
Sonderverkäufe
nur vormittags von 10-12 Uhr
Sportjacken 40.- Reine Wolle u. Kunstseid. 143.-
Covercoatmäntel 176.- Seidengl.-Popellinmäntel 148.-
Schwarze Kunstseid. Sportjacken 98.- Kostüme 227.-
1a Stoffröcke 54.- 96.- 147.-
Von 3-7 Uhr nachmittags
Gummimäntel für Damen 309, für Herren 396
Pfluschmäntel 758-1150, Sealpfluschmäntel 2485
Astrachanmäntel 290 496 1a Ulster 395
Entzückende Pelzmäntel 2750, 3500, 4300, 5600
Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115